

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Sport: 1,20 Mk. pro Quartal, 4,20 Mk. pro Halbjahr, 7,80 Mk. pro Jahr. Inland. Ausland 1,50 Mk. pro Quartal, 4,50 Mk. pro Halbjahr, 8,40 Mk. pro Jahr. Postfrei. Die Zeitungen werden Montag bis Samstag ausgenommen an Feiertagen.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Et. 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Et. 1768.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetats müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 239.

Dresden, Montag den 14. Oktober 1912.

23. Jahrg.

An der Schwelle des Krieges.

Streitkräfte auf dem Balkan. — Die bulgarische und serbische Antwort. — Die Montenegriner in Alt-Serbien. — Die Friedendruckgebungen der Sozialdemokratie.

Die Balkanheere.

Von R. Gädke, früher Oberst.

(Nachdruck verboten.)
Wäre nicht die politische Lage in dem alten Europa so ungelappt, daß man mit Sorge der Weiterentwicklung folgen muß, dann wären die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abspielen, beinahe ein Vorderbissen für militärischen Fachmann. Zum ersten Male wendet sich die Welt der Halbinsel — nach vorläufiger Zurückstellung gegenwärtigen Eiferfüchteleiten — geschlossen gegen die um die letzten Reste ihrer Herrschaft auf europäischem Boden zu streitenden. Denn darum handelt es sich doch, das was von 1453 rückgängig zu machen, das mit der Eroberung von Konstantinopel einen Teil der abendländischen Welt der Herrschaft der Moslems untertan machte.
Mit den vereinigten slawischen und mit slawischen auf durchgeführten Griechen der große Ruf gelingen, daß die Türkenherrschaft in allen Zügen, aber rein militärisch betrachtet scheint das Reich noch immer so gelappt zu sein, daß der dreifache Angriff der Kleinen fast die Tollkühnheit erscheinen könnte. Nimmt man sich jedoch doch gern an, daß die lange Arbeit hervorzuheben deutscher Offiziere nicht spurlos an dem türkischen Übergegangenen sei und daß es, mit modernem Geist und Willern erfüllt, ein suchbarer Gegner für die über die Grenzen einbrechenden verucht. Was wissen wir im Ernste von dem kriegerischen Wesen des Herrn von der Goltz — unbeschadet der die er beanspruchen darf — nicht ein wenig von seinen Lieben für sein Kind beeinflusst? Andere Stimmen, besonders aus Oesterreich, klingen doch abgetönter und zurückhaltender. Gewiß ist der Wert und physische Wert des Soldatenmaterials ein sehr hohes Bruttowerte nach — wenn ich den Ausdruck nicht — steht es mit an der Spitze aller Heere der Welt. Aber gilt nicht das gleiche wenigstens von einem Teile der Heere auch, von Bulgaren und Montenegriner?
Ich könnte meinen, daß die Masse der türkischen Heere nach den vereinigten Staaten des Balkans gegenüber so groß sei, daß bei einigermaßen glücklicher Verlauf in seinem glänzenden Siege nicht gezweifelt werden

könne. Aber gerade hier stellen sich erhebliche Zweifel ein. Wenn man die gegenüberstehenden Streitmassen vorichtig abwägt, zeigt sich, daß die Türkei einen ganz erheblichen Teil ihrer lebendigen Kraft nicht zum raschen wuchtigen Stoße in Europa einsetzen kann, weil er anderweit — sei es zeitweise, sei es dauernd — gebunden ist.
Von ihren 43 Friedendivisionen scheiden aus: Die Tripolitanische, die im aufständigen Jemen und das ganze arabische Armeekorps mit seinen drei Divisionen. Vorläufig ist auch auf die um Smyrna stehenden Kräfte nicht zu rechnen, deren Kern mindestens eine Friedendivision bildet. Schon jetzt ist ferner bekanntgegeben, daß die an der russischen Grenze verteilten Truppen nicht mobilisiert werden — sie sind dort auch in jedem Falle aus Vorsichtsgründen unentbehrlich. Das sind mindestens die sieben in Armenien untergebrachten Divisionen, wahrscheinlich aber auch die vier mesopotamischen, die ohnehin erst nach geraumer Zeit dem europäischen Kriegsschauplatz weichen würden. Das gleiche gilt von dem 8. Armeekorps in und um Damaskus. Wenn es nicht zum Teil im Jemen kämpft, so wird es doch vorläufig zum Küstenschutz zurückgehalten werden. Damit scheiden also bereits 21 Divisionen von der Verwendung in Thrazien und Mazedonien zunächst jedenfalls aus. Es ist aber ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die drei in Konstantinopel stehenden Divisionen des 1. Armeekorps zum Schutze der Hauptstadt und des Bosphorus (Küstenland) zurückgehalten werden, so daß sich die türkische Feldarmee jedenfalls für den Anfang des Krieges und für die ersten Schläge auf 20 aktive Divisionen von je etwa 11 Bataillonen mit den entsprechenden Nebenwaffen beschränken wird. Dazu tritt dann freilich noch eine Zahl von Redif-(Landwehr-)Divisionen, die schwer abzuschätzen ist. Wenn wir annehmen, daß für die Feldarmee anfänglich 10, später vielleicht 20, verfügbar sind, so werden wir eher zu hoch als zu niedrig schätzen.
Die mobilisierte aktive Armee der Türkei veranschlagt ich auf eine Verpflegstärke von etwa 300 000 Mann, von denen 240 000 als Streitmacht zu betrachten sind, die zunächst verfügbaren europäischen und kleinasiatischen Redifs auf die Hälfte jener Masse. Die Operationsarmee könnte also annähernd auf 360 000 Streitmacht (Verpflegungsstärke 450 000 Köpfe) geschätzt werden. Wobei allerdings vorausgesetzt wird, daß die Albanier im großen ganzen geschlossen für die türkische Herrschaft eintreten wollen.
Noch schwerer ist es, sich ein Bild über die Verteilung

dieser Massen zu machen. Der Natur der Dinge würde es entsprechen, wenn die Türkei sich gegen Montenegro, Griechenland und gegenüber der serbischen Grenze verteidigungsweise hielt, dagegen mit möglicher Stärke und Entschlossenheit in Bulgarien einbrechen würde, um auf Sofia zu marschieren. Dann könnte sie gegen Montenegro die 24. Division (Skutari) lassen, die durch Rediftruppen und vielleicht durch albanische Freiwillige zu verstärken wäre. Die griechische Grenze wird geschützt durch die um Kozovo und Janina stehenden Divisionen Nr. 22 und 23, unterstützt gleichfalls durch Rediftruppen erster und zweiter Kategorie.
Dann verbleiben die 17 aktiven Divisionen des 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Armeekorps für die Nordgrenze von Thrazien und Mazedonien. Sie könnten zunächst in zwei Hauptgruppen um Adrianopel und etwa auf der Linie Uestüb — Züb aufmarschieren, mit einer Nebengruppe bei Witrowiza. Eine Anzahl von Redifdivisionen könnte schon im Beginn des Krieges zu ihnen stoßen.
Die gegnerischen Streitkräfte des Balkanbundes veranschlagt ich gleichfalls geringer, als gewöhnlich geschieht.
Bulgarien hat seinem Heere einen so weit gespannten Rahmen gegeben, daß die mobilisierte Streitmacht einen militärischen Charakter trägt, in der ausgesprochenen Absicht, das zum Angriff bestimmte Heer erster Linie möglichst stark zu machen. Es stellt 9 Divisionen von je 16 Bataillonen auf, denen 9 halb so starke Reservebrigaden, diese nur mit schwacher Artillerie, unmittelbar folgen sollen. Das Heer soll sich in drei Armeen (Armeekorps) gliedern. Das wären 216 Bataillone. Doch ist es zurzeit nicht erkennbar, ob man die Grenze gegen Rumänien von vornherein gänzlich einbüßen kann, während doch auch die außerordentlich lange Südgrenze einen Teil der Reservebrigaden zu defensivem Schutze absorbieren wird. Ich glaube darum hoch zu rechnen, wenn ich die zum Angriff bestimmte Masse auf 160 000 Streitmacht (200 000 Mann Verpflegungsstärke) veranschlage. Die Qualität dieses Heeres, das ein vorzügliches Menschenmaterial besitzt, wird von vielen recht hoch geschätzt, doch gibt es auch Beobachter, die sich weniger günstig äußern.
Serbien will in fünf Divisionen 80 Bataillone und eine Kavalleriedivision aufstellen, wahrscheinlich nicht über 95 000 Streitmacht aller Waffen (120 000 Mann Verpflegungsstärke). Die Armee geht bis vor wenigen Jahren als minder-



Der Aufmarsch der Gegner auf dem Balkan.

Die türkische Armeeführung hat zum Schutze der Hauptstadt und Adrianopels unter dem Befehl Abdullah-Paschas eine Ostarmee gebildet, welche die Divisionen 1—12 angegliedert hat, den Schutze der Südgrenze hat unter Nizam-Pascha die Südararmee, bestehend aus der 18., 14., 15. und 20. Division erhalten. Im Westen hat die 24. und 21. Division den Aufmarsch der Montenegriner bei Padgoritza und die 18. Division bei Weraue auszuhalten, während eine Nordarmee, bestehend aus der 20., 19., 17. und 16. Division, gegen den Angriff der vereinigten Serben und Bulgaren auf Uestüb mobilisiert ist. Die Bulgaren haben ihre Hauptmasse zwischen Jamboli und Stars Jagona nördlich von Adrianopel gesammelt.
Die angeblich zur Unterstützung unterwegs befindlichen serbischen Truppen sollen nach den neuesten Meldungen sich bei Kostendil mit weiteren bulgarischen Truppen zum Angriff auf Uestüb bereinigt haben, während der Rest der serbischen Armee von Niksch auf direkt nach Süden auf Uestüb vorrücken soll, um die türkische Nordarmee zu trennen. Ueber den Aufmarsch der Griechen ist Genauerer noch nicht bekannt.

berichtig; es wird sehr interessant sein, zu sehen, wie sie sich nun benimmt, und nicht weniger interessant, ob König Peter sich entschließt, ihre Hauptmasse unmittelbar an den bulgarischen Westflügel (südlich Sofia) anzuschließen, oder ob er einen kleinen Extraspaziergang nach Altserbien wählen wird, das scheinbar weniger gefährliche Unternehmen.

Vom griechischen Heere gilt in verstärktem Maße, was vom serbischen jenseitig gesagt wurde; es will ein Feldheer von 3 Divisionen zu je 18 Bataillonen aufstellen. Rechnen wir ziemlich hoch 55 000 Köpfe, wovon 45 000 Streifbare. Man wird nicht erwarten dürfen, daß ihre Tätigkeit entscheidend in die Waagschale fällt.

Montenegro, das ein Volksaufgebot in des Wortes eigentlicher Bedeutung in Bewegung setzt, dem seit einigen Jahren etwas militärischer Drill beigebracht wurde, mag über seine Grenzen vielleicht 35 000 Mann werfen können. Wenn die Albanier der türkischen Herrschaft treu bleiben, treffen tapferere Naturkrieger auf ebenso tüchtige Gegner.

Alles in allem mögen etwa 360 000 türkische Streitbare (die Verpflegungspunkte 450 000 Köpfe) gegen rund 335 000 Kämpfer der Verbündeten versammelt werden können, auf dem entscheidenden mazedonischen Kriegsschauplatz aber mag die verhältnismäßige Ueberlegenheit der Türken eine größere sein. Unter der Voraussetzung, daß sie ihre Kräfte in der Tat rechtzeitig zur Stelle schaffen können! Hier und in der Führung liegen die größten Fragezeichen, die jede Voraussage unumgänglich machen.

Treten allerdings keine weiteren Komplikationen ein, kann die Türkei noch mehr Kräfte aus Kleinasien und Syrien heranziehen, dann ist ihre nachhaltige Kraft eine wesentlich größere als die der Verbündeten, die ihre ganze Hoffnung auf den ersten Wurf — oder auf das Eingreifen der Großmächte setzen müssen. Das dritte und größte Fragezeichen!

Die gescheiterte Aktion der Mächte.

Das ist wohl die komischste Seite der Mächteintervention, daß ihr Schicksal schon besiegelt war, ehe die formelle Gegenantwort folgte. Nichts so ganz und gar unformige Antwort durch die Kriegserklärung läßt die bulgarische und serbische Note, die auffälligerweise zu gleicher Zeit mit der Mobilmachung fertig wurden, als faulen Wohlweisheitsakt erscheinen. Die Verbündeten überschreiten darin ihre früheren Forderungen, wie gemeldet wird:

Belgrad, 13. Oktober. Die serbische Regierung hat heute abend dem österreichisch-ungarischen Gesandten v. Ilgorn die Antwort auf den Schritt Österreich-Ungarns und Russlands sowie eine Abschrift der serbischen Note überreicht, durch die der Forderung die Wünsche der serbischen Regierung bekannt gegeben werden. Diese Wünsche, die nicht in der Form eines Ultimatum gehalten sind, überschreiten allerdings den Rahmen der im Artikel 23 des Berliner Vertrags vorgesehenen Reformen.

Sofia, 13. Oktober. Die heute abend überreichte Antwortnote der bulgarischen Regierung auf den Schritt Österreich-Ungarns und Russlands, die gleichzeitig auch der Türkei übergeben worden ist, soll zwar, wie an unrichtigster Stelle verlautet, in durchaus würdigem Tone gehalten sein, jedoch Forderungen bezüglich der europäischen Vilajets der Türkei enthalten, deren Annahme durch die Türkei als ausgeschlossen betrachtet werden dürfte.

Sofia, 13. Oktober. Die Note, deren amtliche Veröffentlichung erst morgen erfolgen soll, bildet ein überraschendes Dokument, dessen Tragweite unübersehbar ist. Die Note zerfällt in ihrem Gedankengang in drei Teile. Zunächst gibt sie in courtivoller Weise dem Dank an die Mächte Ausdruck für die Maßnahme, die sie Bulgarien erteilen, besondert aber zugleich die für die bulgarische Regierung bestehende Notwendigkeit, die Forderungen, die sie an die Türkei zu stellen habe, dieser selbst mitzuteilen. Der zweite Teil zählt die bereits bekannten fünf Punkte der bulgarischen Forderungen auf. Darin werden also verlangt die Autonomie für Mazedonien, die Dezentralisierung der Verwaltung dieser Gebiete, die Errichtung eines besonderen Parlaments, die Gewährung der den Albanern zugesagten Vorteile für den Herzendienst an die Mazedonier und vor allem die Einsetzung eines christlichen Gouverneurs. Auch soll die Durchführung aller dieser Forderungen an die Kontrolle der Mächte gebunden sein. Der dritte Teil der Note enthält die Begründung dieser Forderungen.

Große Ueberbahrung erregt es hier, daß die Note gleichzeitig auch an den türkischen Gesandten überreicht wurde und daß wohl eine Frist zur Durchführung der Reformen, aber keine zur Verantwortung der Note gegeben wurde.

Das bedeutet den Balkankrieg und eine Blamage für die Mächte. Die Antwort der Türkei auf die Note der Mächte wird zwar noch vom Ministerat begründet, aber auch diese Antwort wird auf den Ton gestimmt sein: „Zu spät! Laßt die Finger von unseren Angelegenheiten!“ Daß die Erklärungen der Balkanstaaten mit derartigen Verzögerung erfolgen, hat seiner Grund nur darin, daß man auf keiner Seite so recht zum Losschlagen fertig ist — außer auf der Seite Montenegros, dessen schnell fertige Armee an der Grenze ein leichtes Spiel hat und nach den Befestigungen von Tuzi nun auch die Stadt Bjelopolja eingenommen hat. Die Telegramme melden:

Die Erfolge der Montenegriner.

Podborska, 13. Oktober. Die montenegrinische Nordarmee hat gestern unter General Bulotitsch die Stadt Bjelopolja in Altserbien eingenommen. Die Kämpfe dauerten bis 4 Uhr nachmittags. Als die Truppen in die Stadt einzogen, begrüßten die serbischen Einwohner die Montenegriner mit Jubel als Befreier vom 500jährigen türkischen Joch. In der serbischen Kirche wurde sofort ein Dankgottesdienst zelebriert. Provisorische montenegrinische Behörden wurden eingesetzt.

Konstantinopel, 13. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung greifen die Montenegriner Slenspa im Sandschak Kowibasar an.

Einnahme von Mostowak. — Kämpfe bei Berane.

Podborska, 13. Oktober. Die montenegrinische Nordarmee ist nach der Einnahme von Mostowak gegen Berane vorgerückt. Im hiesigen Spital liegen 310 Verwundete, darunter 18 Türken. Ein neuer Trupp Kriegsgefangener von 28 Mann ist hier eingetroffen.

Saloniki, 13. Oktober. Nach hier vorliegenden Meldungen gestalten sich die Kämpfe um Berane sehr heftig. Die Montenegriner erzielen trotz wiederholter Angriffe angesichts der Todesbezachtung, mit der die türkischen Truppen und albanischen Freiwilligen kämpften, keine Erfolge und wurden unter schweren Verlusten wieder zurückgedrängt. Die Kampfzone erstreckt sich bis Bjelopolja, wo den ganzen Tag heftige Gefechte stattfinden.

Bandenkämpfe.

Saloniki, 12. Oktober. Eine starke bulgarische Bande feuerte auf das türkische Detachement bei Karatepe, wurde aber über die Grenze zurückgedrängt. Viele bulgarische Familien haben aus Furcht vor dem Kriege die an der Grenze gelegenen Dörfer verlassen und sind nach Bulgarien geflüchtet. Der Bandenführer Tschernopejef befindet sich in der Gegend von Melnik und versucht auch dort die Bulgaren zur Erhebung aufzureizen.

Kämpfe zwischen Türken und Bulgaren.

Saloniki, 13. Oktober. Brinnatmeldungen zufolge hat in der Gegend von Jenidje-Barbar zwischen einer 200 Mann starken bulgarischen Bande und Genarmen sowie türkischem Militär ein Kampf stattgefunden. Mehrere Häuser der Ortschaft Asma wurden durch Bomben in Brand gesteckt.

Die serbischen Forderungen.

Belgrad, 13. Oktober.

Der Ministerpräsident Pasiatsch hat dem Spezialberichterstatter der Agence Havas in einem Interview erklärt, die schon bisher schwierige und kritische Lage habe sich noch dadurch verschlimmert, daß die Türkei irreguläre, aus Gestübel zusammengesetzte Banden bewaffne und sie gegen die wehrlose serbische Bevölkerung in der Gegend von Kofsovo loslasse, deren Waffen die türkischen Behörden schon seit langem eingezogen hätten. Mehr als 800 Familien hätten ihre Wohnungen im Stich gelassen und seien, um einem Massaker zu entgehen, auf serbisches Gebiet geflüchtet. Wir verlangen, erklärte Pasiatsch, für unsre unterdrückten serbischen Brüder die Autonomie für ein Gebiet, das vom Sandschak Kowibasar — den Sandschak mit einbegriffen — im Südosten bis zum Tale des Tregaliniza reicht, eines Nebenflusses des Parbar, das heißt ostwärts also für ganz Kofsovo, ferner für das Gebiet, das sich von Alessio, einem Hafen am adriatischen Meer, längs des rechten Ufers des Schwarzen Drin bis zum Ohrida-See hinzieht und im Süden durch eine Linie Ohrida-See — Arapula begrenzt wird. Was wir heute fordern, ist einzig und allein das, was die Großmächte in Berlin beschloffen haben, indem sie für die serbischen Vilajets der Türkei daselbst autonome Regime wie für Kreta festsetzten. Es ist den Großmächten nicht gelungen, die Durchführung der Reformen zu erreichen; so haben wir es auf uns genommen, sie aus eigener Kraft durchzuführen. Einzig und allein ernsthaft, wirksame und förmliche Garantien seitens der Großmächte hätten den Ausbruch des Konflikts beschwören können; aber sie zeigen wenig Reue, die Verantwortung auf sich zu nehmen. In höchstens 48 Stunden werden die Balkanstaaten die Antwort auf die österreichisch-ungarisch-russische Note überreichen. Wir werden zu derselben Zeit den Großmächten die Bedingungen vorlegen, die wir für unerlässlich halten, um die Existenz unserer Stammesbrüder zu sichern, worauf es uns allein ankommt. Diese Bedingungen werden gleichzeitig auch der Pforte übermittelt werden. Alles hängt jetzt von der Türkei ab.

Die griechische Antwort. — Griechische Rüstungen.

Athen, 13. Oktober. Die Note der Regierung an die Pforte soll heute nachmittag dem türkischen Gesandten überreicht worden sein. Der Zusammentritt der Kammer ist vielleicht für Mitte der nächsten Woche beschlossen. Zwei weitere Klassen der Landwehr sind einberufen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die ernstesten Ereignisse nahe sind.

Anatolische Truppentransporte.

Konstantinopel, 13. Oktober. 120 anatolische Bataillone mit einem Effektivbestand von je 1000 Mann werden mit der anatolischen Bahn nach der europäischen Türkei transportiert werden. Zwölf Züge werden täglich hier eintreffen.

Österreich und Rußland.

Wien, 13. Oktober. Es werden entgegen anderen Meldungen, keine Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland geführt. Es sieht auch keine Neutralitätsklärung der beiden Staaten bevor. Die offiziellen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland sind gut, und man ist hier überzeugt, daß Salonow bemüht ist, diese guten Beziehungen zu pflegen und den Frieden aufrechtzuerhalten. Man weiß aber auch, daß in Rußland sehr einflussreiche Kreise diese offizielle friedliche Politik Rußlands zu durchkreuzen versuchen. Diese einflussreichen Kreise haben auch die Balkanstaaten zu ihrem Vorgehen ernannt. Sowohl in Estlinie als auch in Belgrad und Sofia erhofft man von diesen hinter den Kulissen arbeitenden Kräften die größte Unterstützung und im Falle eines Sieges über die Türkei die Erfüllung territorialer Wünsche. König Nikola hätte wohl nicht losgesprochen, wenn er nicht der Bitte seiner an russische Großfürsten verheirateten Töchter sicher wäre.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

An der Spitze der Nordb. Allg. Ztg. (Sonntagnummer) befindet sich folgende offiziöse Auslassung:

„Dem vereinbarten Programm der Mächte entsprechend sind bei den Balkanstaaten und in Konstantinopel die Schritte unternommen worden, die die einmütige Stellung der Großmächte zu der Kriegserklärung zum Ausdruck gebracht haben. Einen Erfolg zur Verhinderung des Kriegsausbruches wird man sich nicht mehr versprechen können. Die amtlichen Antworten stehen zwar noch aus, doch läßt das Vorgehen Montenegros erkennen, in welcher Richtung sich die anderen Teilnehmer des Balkanbündnisses entscheiden werden. Die Feststellung ist von Wert, daß bei dem Vorschlag Herrn Voicardes und der darauf beruhenden Aktion der Mächte die Ausübung des Krieges von Anfang an in Rechnung gegogen worden ist. Das Ziel der Mächte ist daher von vornherein über die problematische Beibehaltung des Balkankrieges hinausgegangen. Es kam vor allem darauf an, Vorfälle zu treffen, die die Großmächte nicht in die Vermittlung hineingezogen würden. Ihr gemeinsames kundgebener Entschluß keine Veränderung des territorialen Status quo zuzulassen, bietet dafür eine Gewähr.“

Die der alten offiziellen Tradition entsprechende inhaltlose Erklärung ist zur Beruhigung der verängstigten Interventionisten bestimmt — von der Einmütigkeit der Mächte aber überzeugt werden niemand, der den Interventionsbankrott verfolgt hat.

Die Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Daß das internationale sozialistische Proletariat auch gegen die drohende blutige Lösung des scheinbar unentwirrbaren Balkanchoas entschiedene Stellung nimmt, ist selbstverständlich. Seit Jahren fordert die Sozialdemokratie der Balkanländer eine Föderation sämtlicher Balkanländer mit Einschluß der Türkei; unter bulgarischer Genosse Salasow hat diese Forderung den heulenden Chauvinisten der Sobranje erst kürzlich wieder mutig ins Gesicht geschleudert, der serbische Genosse Lag-tschewitsch hat in der Skupstina gegen das drohende Blutvergießen gesprochen, die türkischen Sozialdemokraten von Saloniki, die armenischen sozialistisch-revolutionären Parteien Hinzschal und Dalchnatutium und die rumänische Sozialdemokratie veröffentlichten Aufrufe an die Arbeiter des Balkans und Kleasiens, in denen in scharfer Weise gegen den Krieg

protestiert wird und auch die österreichischen Genossen, Einwohner eines geographisch und politisch am Balkan sehr interessierten Staates, veröffentlichten folgenden wichtigen Protest in den Krieg:

Die Kriegsheber — die Wiener christlichsozialen Presse an Spitze — wollen uns einreden, Österreich müsse in Sandthal einmarschieren, wenn Serbien dort Eroberungen machen wolle. Aber was mit dem unwürdlichen Serbien ist nicht unsere Sorge. Wir wünschen den Eroberungsgeheimnissen unserer Soldaten verziehen, um dem verrotteten türkischen Heer aus der Herrschaft über slavische Bauern zu schießen. Wer in Serbien herrschen soll, mögen sich Türken und Serben untereinander nicht berühren. Und das kleine Serbien, das nicht mehr zählt als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Großmacht nicht als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Großmacht nicht vergrößert werden! Der ganze Sandschak ist nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiterwerk-

Das ist nicht nur unsere Ansicht. Die Herrschenden selbst künden, daß Österreich-Ungarn keine Eroberungen auf dem Balkan das Recht eingeräumt, Truppen im Sandschak zu halten. Aber im Jahre 1908 hat Österreich-Ungarn auf dieses Recht verzichtet und seine Truppen aus dem Sandschak abgezogen. Es selbst freiwillig und aus eigenem Antrieb vor vier Jahren gegeben haben!

Darum hat Österreich keinen Grund, sich in die Balkankriege zu mengen. Um des Sandschaks willen den Arbeiter aus Serbien und Bulgarien vom Fluge zu reißen, das Blut anderer Brüder und Söhne zu opfern, in jahrelanger Familien Jammer und Verzweiflung zu bringen, unferer Volkswirtschaft schweren Wunden zu schlagen, wäre ein unfähigstes, ein unantwärtliches, ein unfähigstes Verbrechen!

Österreich-Ungarn hat an dem armen, erschütterten slavischen Volke schon schwer genug gekündigt. Es wolle die slavischen Diktator zu regieren. Es hat die Bauern Serbiens keine großagrarische Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung gebracht. Wenn es jetzt auch noch das Blut seiner Söhne vergießen wolle, die Herrschaft türkischer Feudalherren über serbische Bauern zu schütten; wenn es den serbischen Bauern, denen es selbst ihre Freiheit abnimmt, verweigern wollte, sich den Zugang zu anderen Absatzmärkten zu erlauben, dann würde es die Südländer in die Arme des russischen Zaren treiben. Gerade weil die Todfeinde des Jazismus sind, gerade weil wir in jeder Ausdehnung der Macht des Zaren die größte Gefahr für die europäischen Nationen nicht mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, daß die Entfaltung ihrer Volkskraft nicht hemme.

In allen Ländern der Welt erhebt die Arbeiterklasse ihre Stimme gegen den Krieg, für den Frieden! Unsere Genossen Rußland und Polen setzen, die furchtbarsten Opfer nach ihrem Kampf gegen den völkermordenden Jazismus fast. In Serbien und in Bulgarien haben sich die Vertreter Arbeiterklasse in den Parlamenten mannhaft und tapfer der heftigen Widersetzlichkeit in Deutschland, in Frankreich, in England dem Irrtum der Arbeiterklasse für die Sache des Friedens! Es hat die Kriegsheber aller Länder und aller Nationen einig und mächtig als härteste Macht des Friedens die internationale Sozialdemokratie gegenüber.

Balkankrise und Börsen.

a. e. In den letzten beiden Wochen hat die Balkankrise die ganze Reihe „schwarzer Tage“ erlebt. Die Hauptstädte von denen, die bei dieser Deroute Verluste erlitten haben, dem Balkankriege zugeschoben. Die samstäglichen Kurse der schwarzen Werte und ihre serbisch-bulgarischen Balkankrisen angeblich die Unheilstifter. Man mag über das politische Verhalten der bekannten vier Balkanstaaten denken wie man will, für die jüngste Erschütterung der Weltbörsen darf man sie nicht ohne weiteres verantwortlich machen. Die Hauptlast trägt die Börsenspekulation selbst. Immer wieder ist in den letzten Monaten darauf hingewiesen worden, daß die Rentabilität der gewerblichen Unternehmungen. Das Niveau hatte teilweise eine solche Höhe erreicht, daß die Rendement der Dividendenpapiere noch hinter der Wert der festverzinslichen Werte zurückblieb. Die spekulative Welle die den Industriebörsen allerdings bei dem günstigen Stande der Konjunktur nicht abgeprochen werden kann, ist nicht so bedeutend, daß die Erregung in kurze damit hinreichend gerechtfertigt werden könnte. Da ja jetzt a. e. I hat die weite Kreise das Publikum ergriffen. Die festverzinslichen Papiere wurden massenhaft veräußert, daß ihr Kurs in stetem Niedergang begriffen war. Banken, große wie kleine, verwiesen das Publikum auf die Chancen dieser und jener Aktien und ersetzten den Kredit von Engagements durch Gewährung weitgehender Kredite. Das spekulierende Publikum fragte nicht mehr danach, ob erwartete Steigerung der Rentabilität auch im Bereich der Möglichkeit lag, es genigte zu wissen, daß die Großbanken selbst den einzelnen Papieren besonderes Interesse entgegenbrachten oder daß die Aufsichtsratsmitglieder eines Unternehmens in dessen Papieren a. la hausse engagiert waren. Gleichzeitig mit dem Eintritt politischer Schwierigkeiten machte sich eine Verteilung des Geldmarktes geltend, die aller Voraussicht nach in nächster Zeit noch zunehmen wird. In der richtigen Erwartung, daß durch die Zusammenwirken dieser beiden ungünstigen Momente ein starker Druck auf das Kursniveau ausgeübt werde, haben die Banken die Engagements ihrer Kundenschaft einer gründlichen Durchsicht unterzogen und fast durchweg höhere Einzahlungen verlangt oder, wenn diese nicht geleistet werden konnten, die Positionen gefordert. Die Folge war ein massenhaftes Angebot am Wertpapiermarkt. Die Großbanken hätten entsprechende Auftritte an der Börse viel Unheil verhindern können. Statt dessen verhielten sie sich völlig passiv und ließen die Kurse sinken. Erst als ein ganz auffälliger Zustand erreicht war, wurde das angebotene Material aufgeräumt.

Die Banken dürften selten so billig gekauft haben wie in den letzten Tagen. Ein beträchtlicher Gewinn ist sicher. Wenn auch die Kurse im Verlauf der jetzigen Konjunkturperiode schwerlich wieder den Stand erreichen werden, den sie Ende September 1912 hatten, so ist doch ruhigerer Auffassung der politischen Lage eine leichte Erholung

Die Gründe für den Frieden sind dem Frieden entgegen zu sein, die Balkankrise ist ein Zeichen für die Krise in Frieden...

Krisis in Frieden

Die Gründe für den Frieden sind dem Frieden entgegen zu sein, die Balkankrise ist ein Zeichen für die Krise in Frieden...

Das Privatpublikum wird allerdings gut tun, wenn es die Kursteigerungen nicht wieder zu Haufen zu verkaufen zu lassen. Die Lage des Geldmarktes ist in den nächsten Monaten eine beträchtlich günstigere. Infolgedessen ist eine dauernde Erhöhung des Kursniveaus nicht zu erwarten. Ob und in welchem Umfang der Kursrückgang sich einstellen wird, läßt sich nicht übersehen. Es ist aber ziemlich wahrscheinlich, daß die kleineren Veräußerer und Bankgeschäfte auch manche besonders stark engagierte Privatkapitalisten nicht getrieben werden. An der Börse sind in den letzten Tagen schon mehrfach Gerüchte über den Verkauf von Aktien durch die Zahlungsfähigkeit einzelner Banken durch das gute Geschäft, das sie durch den lebhaften An- und Verkauf gemacht haben sowie durch den billigen Erwerb von Wertpapieren und den damit verbundenen Kursgewinn reichlich ausgeglichen.

Beruhigungsversuche der Großbanken.

Im letzten Wochenbericht der Deutschen Bank wird angegeben, daß die Lage auf der Geld- und Kapitalmarkt sich nicht zu vermindern ist, daß die Lage auf der Geld- und Kapitalmarkt sich nicht zu vermindern ist, daß die Lage auf der Geld- und Kapitalmarkt sich nicht zu vermindern ist.

Krisis in den italienisch-türkischen Friedensverhandlungen.

Die Gründe für die Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit dem Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei gezeigt haben, sind noch nicht völlig klar zu erkennen. Es wird die Vermutung laut, daß Italien die schwierige Lage der Türkei benutzen wolle, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. Andere Meldungen sagen, daß die Lage der Geldentscheidung, die Italien an die Türkei mit der Stein des Anstoßes liegt. Die meiste Wahrheit aber ist wohl in den Meldungen beizumessen, die den Krieg der beiden verhandelnden Staaten über die Schwierigkeiten, wann die Truppen einerseits aus Tripolis, andererseits von den ägäischen Inseln zurückgezogen werden sollen, und die Verhandlungen auf die Bevölkerung sehr zu Gunsten und deshalb nach Widerungen.

Das Ultimatum Italiens.

Am 13. Oktober. Die offiziöse Tribuna erklärt in einem Artikel, daß Italien für den Frieden alles getan habe, was mit der Würde vereinbar sei, und sagt zum Schluß: Man darf erwarten, daß die türkische Regierung diese Forderung ihres Anspruchs nach und nach zurückgeben wird, daß dieses die letzte Mitteilung ist, in dieser Hinsicht erhält. Sollte sie zeigen, daß sie diese Forderung nicht vertritt, so wird die Kanone sprechen.

Die Ursache der Schwierigkeiten.

Paris, 13. Oktober. Die letzte Schwierigkeit, die sich in den italienischen Unterhandlungen erhebt, besteht darin, daß die italienische Regierung die abzuschießenden Friedensbedingungen zu ihren Gunsten lauten, sofort in Kraft treten, daß aber das türkische Parlament wirksam werden sollen. So will die italienische Regierung, während die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolis erst der türkischen Kammer zur Genehmigung vorzulegen solle. Die türkischen Forderungen erscheinen unannehmlich, die die italienische Regierung für den Friedensschluß am 12. Oktober abends ablaufen sollte, Dienstag abend verlängert werden.

Die Situation in Tripolis.

Paris, 13. Oktober. Am Donnerstag besuchten die Italiener die Vorbereitungen einen allgemeinen Vorstoß. Sie besetzten und entwickelten in zehntägigem Kampfe über 14 Bataillone auf der ganzen Linie mit schweren Geschützen. Die Italiener wurden mit schweren Geschützen durch die Fronten zurückgeschlagen. (Die Meldung steht im Widerspruch mit dem Bericht des italienischen Generals Curcio, der die Italiener zurückgetrieben haben will.)

Konstantinopel, 13. Oktober. Wie es heißt, hat der Kommandant von Bengasi Enver Bey an eine hohe Persönlichkeit einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, es werde ihm unmöglich sein, selbst im nächsten Monat Italien die türkischen Truppen zurückzuführen und die Kraber im Stich zu lassen. Infolgedessen ist die türkische Regierung gezwungen, die Kraber im Stich zu lassen. Infolgedessen ist die türkische Regierung gezwungen, die Kraber im Stich zu lassen.

Deutsches Reich.

Kaempfs Bericht.

Man kann nicht vorsichtig genug sein, dachte der Reichstagspräsident Kaempfer, der schon seit Monaten vor der harten Notwendigkeit stand, sein angefordertes Reichstagsmandat niederzulegen. Auch im Herbst gibt es vornehme Leute, die in Bayern und Sommerfrischen weilen, es kann aber in Berlin 1 auf eine einzige Stimme ankommen. So ließ Herr Kaempfer sein Mandat nicht eher los, als bis ihm zuverlässig berichtet war, daß der letzte liberale Sommerfrischer nach der Stadt zurückgekehrt sei. Nun legt er sein Mandat nieder und stellt sich zur Neuwahl.

Berlin I hat im Augenblick keinen Vertreter und der Reichstag — wieder einmal! — keinen Präsidenten.

Das ist die Lage der Dinge in Berlin. Die Reichstagspräsidenten, wer den Adlersstuhl besteigen soll, geht aufs neue an. Wird Herr Kaempfer wiederkommen, und zwar so rechtzeitig, daß ihn die Fortschrittspartei wieder als Präsidienkandidat präsentieren kann? Was zunächst die Aussichten des Herrn Kaempfer bei der Reichstagswahl betrifft, so haben sie sich infolge der gestiegenen Beliebtheit im Berliner Zentrum auf seine alten Wählerkreise rechnen kann, während die Sozialdemokratie durch den Fortschritt ihrer Wähler aus dem Kreise geschwächt ist. Es wird auf Grund der alten Wählerlisten gewählt, und dieser Umstand hat noch bei allen Erwägungen, bei denen er zutrifft, die Aussichten der Sozialdemokratie, die mit fluktuierenden Wählermassen zu rechnen hat, empfindlich beeinträchtigt. Auf der anderen Seite aber hat sich die politische Position des Fortschritts seit den allgemeinen Wahlen ganz bedeutend verschlechtert. Die Wahl von Berlin wird die erste Nachwahl nach dem Mannheimer Parteitag sein, auf dem der Fortschritt seine alte Forderung der Ermächtigung der Getreidezölle preisgegeben und vor dem Zolltarif in der eigenen Partei die Segel gestrichen hat. Dazu kommt ein lokales Moment: durch die Ausdrängung eines Mugdan als Landtagsvertreter sind zahlreiche linksstehende Freisinnswähler vor den Kopf gestoßen worden. In besonders hohem Maße sind die Juden verärgert, die in dem gelaufenen Herrn Mugdan einen charakterlosen Leberläufer sehen und gegen seine Aufstellung energisch, aber vergeblich protestiert haben. Es ist darum nicht unwahrscheinlich, daß zahlreiche Wähler, die bisher fortschrittlich wählten, dem Kandidaten der Demokratischen Vereinigung, Herrn Gädte, im ersten Wahlgange ihre Stimmen zuwenden werden, falls sie es nicht vorherzusehen sollten, gleich ins sozialdemokratische Lager überzugehen.

Jedenfalls wird es einen sehr heißen Kampf geben. Denn was die rechtsstehende Presse von einer beabsichtigten „Dämpfung“ des Wahlkampfes durch die Sozialdemokratie zu erzählen weiß, ist in das Reich der Fabel zu verweisen. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, dem Fortschritt etwas zu schenken, und Herr Kaempfer erst recht nicht.

Nach Wiederauftritt des Reichstags wird sich auch gleichgültig, ob Herr Kaempfer bis dahin wieder da ist oder nicht — die sozialdemokratische Fraktion über ihr Verhalten bei der Präsidenten-Neuwahl schlüssig machen. Bei ihr ruht diesmal die Entscheidung. Sie kann entweder als stärkste Fraktion auf den Präsidentenanspruch erheben oder verlangen, daß durch Aufrufen eines der Vizepräsidenten ein Platz im Präsidium für sie frei gemacht wird, sie kann schließlich auch, wenn die beiden liberalen Vizepräsidenten bleiben, zwischen dem Präsidentenwahlkandidaten des Zentrums und jenem der Liberalen den Ausschlag geben. Sie ist, solange sich die Nationalliberalen nicht einschließen können, ihr Recht auf einen Sitz im Präsidium anzuerkennen, nach keiner Seite gebunden.

Gegen die Anebelung der Berliner Feuerwehrlente.

Der bekannte Erlass des Berliner Polizeipräsidenten, der den aktiven Feuerwehrmännern befiehlt, aus dem Verein Berliner Feuerwehrmänner auszutreten, und der zu einer bereits vorbereiteten Beschlusse an den Minister des Innern den Anlaß gegeben hat, wird auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die Stadtverordneten Dr. Arons und Genossen haben folgenden Antrag gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Gegen die das Vereinsrecht der Feuerwehrlente schwer gefährdende Verfügung des Polizeipräsidenten von Berlin im Interesse der Bürgerlichkeit und der beteiligten Feuerwehrlente Protest zu erheben. 2. Den Magistrat zu ersuchen, erneut mit der königlichen Staatsregierung in Verhandlung zu treten zwecks Uebernahme der Feuerwehrpolizei in städtische Verwaltung. Die Stadt Berlin zahlt zu den Kosten der Feuerwehr 3/4 der Staat und einige andere Korporationen zusammen nur 1/4. Daffür nimmt sich der Staat heraus, in der Verwaltung das entscheidende Wort zu reden; die Stadt hat so gut wie nichts zu sagen.

Ausland.

Berlin.

Tetern, 12. Oktober. Die schwedische Gendarmerie wird aus Mangel an Geldmitteln aufgelöst. Eine große Zahl der Leute ist in den letzten Tagen entlassen worden. Man muß deshalb die Hoffnung aufgeben, daß die Sicherheit der Landstraßen durch die Gendarmerie gewährleistet wird.

Marokko.

Majaga, 12. Oktober. Nach bisher unbesägten Gerüchten soll sich die Bevölkerung im Gussgebiet für El Giba erklärt haben. El Giba sandte gestern gegen die Aufständischen eine zweite

Abteilung von 800 Mann. Mugal und Gundaft sind aufgezogen, um Truppen auszugeben. Die Nachricht rief in Marrakesch eine gewisse Erregung hervor.

Dresdner Polizeibericht vom 14. Oktober.

Verloren wurde am 9. Oktober, abends nach 7 Uhr, zwischen Albrechtstraße und Wintergartenstraße ein antiker Anhänger aus zwei in blaue Emaille gefassten Brillantrofen (je 14 Steine) mit Blättern aus grüner Emaille im Werte von 600 M., und am 10. Oktober eine braune Brieftasche mit Monogramm B. B. und mit einem Inhalt von 2400 M. in Papiergeld. Die Finder, denen entsprechende Belohnung zugesichert wird, werden um baldige Abgabe des Anhängers und der Brieftasche an das Fundamt der Königl. Polizeidirektion, Schlegelgasse 7 L. ersucht.

Prognose der städtischen Sanitätswache für den 15. Oktober.

Keine Witterungsänderung. Wetterbericht von der Wetterkule an der Friedrich-August-Brücke vom 14. Oktober, mittags 12 Uhr. Barometer 768. Schön Wetter. Thermometer + 9° R. Thermometergraph: Min. 0°, Max. + 10°. Hygrometer 70%. Wasserstand — 86 cm.

Letzte Telegramme.

Der serbische Einmarsch in den Sandtschak. Wien, 14. Oktober. Aus Belgrad einlaufende Meldungen besagen, daß die serbische Division Auftrag erhalten hat, über Jauer in den Sandtschak einzubringen und sich mit den Montenegrinern, die von Djelapolje auf Novi Bars marschieren, zu vereinigen.

Bormarsch der bulgarischen Armee.

Sofia, 14. Oktober. Der Vormarsch der bulgarischen Armee hat begonnen. Die Militärkorrespondenten warten immer noch auf die Erlaubnis, der Armee folgen zu dürfen. Die direkten Bände nach der Grenze verkehren aller zwei Stunden. Ein Truppentransport traf aus dem Norden ein, um nach der Grenze abgehoben zu werden. Die Mitteilung, daß das serbische und bulgarische Geld gleiches Kurs haben soll, hat in beiden Hauptstädten einen vorzüglichen Eindruck gemacht.

Die bulgarische Note an die Türkei.

Sofia, 14. Oktober. Die Note, die der türkischen Gesandtschaft übermittelt worden ist, zählt tabulare Reformen auf, die allein das elende Los der christlichen Bevölkerung wirklich besser gestalten könnten, nämlich Autonomie der Verwaltung der Provinzen, belgische oder schweizerische Generalgouverneure, aus Wahlen herorgegangene Provinzialräte, Landesgendarmerie und Milizen und freien Unterricht. Die Ausführung dieser Reformen soll einem höheren Räte anvertraut werden, der sich aus Christen und Muselmanen von gleicher Zahl zusammensetzt und unter der Aufsicht der Vorgesetzten der Großmächte und der Gesandten der vier Balkanstaaten in Konstantinopel steht. Die Forderung wird aufgeführt, zu erklären, daß sie diese Forderungen annimmt, indem sie sich verpflichtet, die in der Note und in der beigefügten erklärenden Ergänzungsnote enthaltenen Reformen binnen sechs Monaten durchzuführen. Außerdem soll die Forderung als Beweis ihrer Zustimmung das Mobilisationsdekret rückgängig machen. Unmittelbar nach der Uebermittlung dieser Note übergab der Minister des Äußern dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Gesandten die Antwort auf ihre gemeinsame Note. In dieser Antwort drückt die bulgarische Regierung, die sich mit den Regierungen von Griechenland und Serbien einig ist, ihren Dank für das Interesse aus, das die Mächte zugunsten der Bevölkerung der europäischen Türkei gezeigt haben. Sie ist jedoch der Ansicht, daß es grausam wäre, nicht den Versuch zu machen, für die christliche Bevölkerung des Osmanischen Reiches tabulare und bestimmte Reformen zu erlangen, die allein ihr elendes Los wirklich besser gestalten könnten. Daher haben die Regierungen der drei Balkanstaaten geglaubt, sich an die Regierung Sr. Majestät des Sultans direkt wenden zu müssen, indem sie ihm die Reformen, die einzuführen sind, und die Garantien mitteilen, die er für ihre ausrichtliche Anwendung werden gewähren müssen. Abschriften der Note und der erklärenden Ergänzungsnote, die der türkischen Gesandtschaft übermittelt worden sind, waren dieser Antwort beigelegt.

„Der Konflikt unvermeidlich.“

Belgrad, 14. Oktober. Das allgemeine Gefühl ist, daß der Konflikt unvermeidlich ist. Ueberall findet man, daß die jetzige Lage nicht andauern kann. Der entscheidende Augenblick nähert sich. Die Aufrechterhaltung der Truppen auf Kriegsfuß bedeutet ein finanzielles Opfer, das nicht länger ohne Ziel und ohne Ergebnis gebracht werden kann. Der Kriegszustand kann also als bereits bestehend angesehen werden und die Kriegserklärung ist nur noch eine Formsache.

Der türkische Aufmarsch an der griechischen Grenze.

Athen, 14. Oktober. Meldungen aus Epirus besagen, daß die Türken ihre Stellungen bei Pontepogadia mit Kruppens Geschützen besetzt haben. Diese Position war im letzten Jahre stark umstritten. — Die Albaner, die in Reserve stehen, haben von der Regierung den Befehl erhalten, sich zu stellen. Sie leisten dem Aufruf nur nachlässige Folge. Die Garnison von Janina beträgt über 6000 Mann. Die Feste erachtet es für notwendig, auch in andere Städte des Vilajets größere Truppenmassen zu legen.

Ueberfreitung der serbischen Grenze durch die türkischen Truppen.

Belgrad, 14. Oktober. Einer um 9 Uhr früh aus Risowah eingegangenen amtlichen Meldung zufolge überschritten heute um 5 Uhr morgens die türkischen Truppen die serbische Grenze in der Gegend zwischen Risowah, Gornji, Bris und Trsch und griffen die serbischen Truppen an. Der Kampf hat begonnen.

Das Stocken der italienisch-türkischen Verhandlungen.

Paris, 14. Oktober. Man erzählt, daß es der türkischen Regierung tatsächlich nicht um einen Friedensschluß zu tun ist. Sie hält an der Vorstellung fest, daß der Krieg in Libyen sie nicht sonderlich stört, und sie will es nicht darauf ankommen lassen, durch Annahme der italienischen Bedingungen eine ausländische Bewegung im eigenen Heere hervorzurufen, das gegen Italien sehr erbitert und anscheinend entschlossen ist, sich von dieser Macht keine Demütigung gefallen zu lassen.

Das 14. Oktober. Die italienischen Delegierten betrachten die Friedensunterhandlungen mit der Türkei als tatsächlich abgebrochen. Sie beabsichtigen, morgen wieder nach Italien zurückzukehren. Ihre Abreise wird eine Wiederaufnahme der italienischen Operationen zur Folge haben, besonders die des italienischen Geschwaders im Ägäischen Meer.

Selbstmord eines mazedonischen Führers in Sofia.

Sofia, 14. Oktober. Hier wurde wieder ein Selbstmord aus patriotischen Gründen berichtet. In einem Hotel erschoss sich der bekannte mazedonische Führer Lasaroff, weil er infolge eines schweren Leidens verhindert war, sich den Freiheitskämpfen seines Landes anzuschließen. Heute fand die Beerdigung Lasaroffs statt. Er war das eigentliche Haupt der mazedonischen Bewegung und der Leiter der sogenannten „inneren Organisation“.

Das heutige Blatt umfasst 12 Seiten.

Sächsische Angelegenheiten.

Sparfassenüberschüsse für kirchliche Zwecke.

Nach einer Verordnung der Regierung vom 29. Dezember 1909 dürfen die Gemeinden Sparfassenüberschüsse nur zu bestimmten oder solchen gemeinnützigen Zwecken verwenden, wozu eine gesetzliche Verpflichtung gegeben ist. Das war eine recht vernünftige Verfügung. Die Sparfassenüberschüsse entstammen fast ausschließlich den kleinen Leuten; sie müssen daher auch zu Zwecken verwendet werden, die den Kreisen zugute kommen, die ihre Angelegenheiten in der Sparfassenkasse haben. Leider wird diese Verwendung ungenügend durchgeführt. Noch immer ist es der Fall, daß die Sparfassenüberschüsse einfach als Einkommen in den Etat eingestellt und so von kleinen Leuten herabgehende Beiträge zu Steuererleichterungen für die Besitzenden gehen.

Noch ärger hat man es kürzlich in der Gemeinde Bretitz in der Amtshauptmannschaft Kamenz gemacht. Dort hat man in diesem Jahre die Hälfte der 5000 M. betragenden Sparfassenüberschüsse, also 2500 M., zur Verzinsung der bei dem Kirchenbau entstandenen Schulden verwendet. Auch die Verwendung des verbleibenden Restes war Teil nicht einwandfrei. So sollten 1000 M. zur Straßenerweiterung und 800 M. für die Schule ohne nähere Angaben verwendet werden, während für ein Volksbad nur die lächerlich geringe Summe von 500 M. übrig blieb.

Unser Genosse im Gemeinderat von Bretitz waren beiderseits nicht mit der Verwendung von 2500 M. zur Verzinsung der Kirchenschuld einverstanden. Sie konnten das um so weniger sein, weil in der Gemeinde sonst sehr viel zu wünschen übrig bleibt: Es besteht in dem ganzen belebten Orte keine öffentliche Bedürfnisanstalt, in der Schule fehlt auch die beste Vorrichtung einer Gesundheitspflege, Schularzt und Hebammen sind nach den Aussagen des Oberlehrers, so schlecht genährt, daß es einen Dauert, daß sie leben zu können, und doch besteht nicht einmal der allergeringste Anhang einer Schulspeisung armer Kinder. Und was fanden unsere Genossen mit ihrer Beschwerde gegen ungenügende und vorchriftswidrige Verwendung der Sparfassenüberschüsse bei der Amtshauptmannschaft kein Gehör. Man hat dort offenbar nicht gegen den kirchlichen Sachverhalt, sondern nur die Ansicht, daß die Kirche als ein Stützpunkt gegen die Agitationsvereine nicht so glatt in Uebereinstimmung gebracht werden können. Aber nicht nur die Amtshauptmannschaft hat die Sache nicht so gesehen, auch die übergeordneten Instanzen haben sich so.

Unser Genosse wandten sich an die Kreisshauptmannschaft.

Abgewiesen!
Sie gingen an das Ministerium.
Abgewiesen!
Das, obwohl in der Regierungsverordnung vom 29. Dezember 1909 ausdrücklich steht, daß die Verwendung von Sparfassenüberschüssen zur Tilgung von Gemeindefschulden zu beantragen ist. Man sollte meinen, daß dann eine Verwendung kirchlicher Schulden erst recht unmöglich sei. Aber die Behörden sind sonderbarer Weise anderer Meinung. Selbst die Regierung geht über ihre eigene Verordnung hinweg, wenn es um die Kirche handelt. Sonderbar! Die Regierung erlaubt die Verwendung von Sparfassenüberschüssen zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken verwendet werden sollen, willigt gewissermaßen selbst die Zurückhaltung gegen die Verwendung, obwohl diese Zurückhaltung in einer Gemeinde bestehen war, wo fast alle gemeinnützigen Einrichtungen fehlen, wo es dringendes Erfordernis ist, die Sparfassenüberschüsse so anzulegen, daß wenigstens ein Anfang mit der Gesundheitspflege durch Einrichtung einer schulärztlichen Einrichtung der kleinen gemacht werden kann. Aber freilich, man hat sich um die Kirche handelt. . . !

Nationalliberale Entrüstung zur Volksschulfrage.

Die Sächsische Nationalliberale Korrespondenz beschäftigt sich mit der Haltung des Kultusministers Dr. Wed zur Frage des Religionsunterrichts und greift ihn seines dogmatischen Standpunktes wegen an. Wörtlich führt das nationalliberale Blatt hierzu aus:

„Es stellt sich die höchst auffällige Tatsache heraus, daß der Kultusminister sich sehr gut darauf verstanden hat, frühere Aeußerungen nationalliberaler Abgeordneter heranzuziehen, als er die Trennung der Schule durchzuführen wollte, daß er aber diese Aeußerungen ganz unterlassen hat, als es sich um die Verwaltung des Charakters des Religionsunterrichts handelte. Die Regierung will an dem bekenntnismäßigen Religionsunterricht festhalten. Die Nationalliberalen an den Buchstaben der Bekenntnisformeln nicht interessiert.“

Es wird dann betont, daß schon Dr. Schill als Reichstagsabgeordneter die ersten Volksschulpläne denselben Standpunkt eingenommen haben, und dann weiter ausgeführt: „Worum hält man nun der Herr Kultusminister nicht auch an diesem äußerst wichtigen Punkte des Schulfriedens? Underrücklich fest? Offenbar er aus übertriebener Rücksicht auf die orthodoxen Kreise eine freie Gestaltung des Religionsunterrichts abgeneigt ist, weil er in den Forderungen der Nationalliberalen eine Begründung des dogmatisch gebundenen Christentums erblickt, weil er sich mehr als Kultusminister als Unterrichtsminister fühlt. Angesichts solcher Umstände kann dem Kultusminister der Vorwurf einer gewissen Unentschiedenheit in seiner Haltung nicht erpart werden. Wenn es seinen sehr konservativen Wünschen dienlich ist, so ist es nicht schwer, sich für die gleichen Reaktionen und Wünsche aus dem Reichstagsbeschlüssen zu erklären, unterläßt er es nicht, die Nationalliberalen zu warnen, daß sie sich nicht auf eine Verbesserung der Nationalliberalen hinaus, wenn sie sich nicht auf der einen Seite, wo es ihm paßt, über die Nationalliberalen von einst und jetzt setzen.“

sucht, und wenn er auf der andern Seite, wo es ihm unangenehm ist, das Festhalten der Nationalliberalen an bestimmten, für richtig erklärten Forderungen glatt ignoriert. Der Fortgang der Erörterungen über das Schulgesetz wird dem Kultusminister jedenfalls zeigen, daß die nationalliberale Fraktion wohl bereit ist, für das Zustandekommen eines notwendigen Gesetzes große Opfer zu bringen, daß es aber auch Grenzen für das Entgegenkommen gibt, die um so schärfer werden, je weniger auf der andern Seite die Reizung zu gleichwertigen Zugeständnissen besteht.

Darüber kann ja kein Zweifel bestehen, daß der Kultusminister bei der Beratung des Volksschulgesetzes ganz im Sinne der Orthodoxen handelt und deswegen auch für den Religionsunterricht am Dogma festhält. Aber der Minister hätte diesen Standpunkt nicht durchhalten können, wenn die Nationalliberalen von vornherein Entschiedenheit für eine freireligiöse Reform des Religionsunterrichts gezeigt hätten. Sie haben aber kläglich hin und her geschwankt, da nicht nur auch alle Entrüstung nicht. Sie können dadurch die Tatsache nicht verdecken, daß sie ungeeignete Leute zur Durchführung einer freireligiösen Volksschulreform und zur Ueberwindung der Volksschulreaktion sind.

Urteile im Klassenstaat.

Der Gauweiler des Steinarbeiterverbandes in Burgz. Steininger, hatte, wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, wegen eines angeblichen Streikvergehens einen Strafbefehl über drei Tage Gefängnis erhalten, gegen den er Einspruch erhob. Er sollte arbeitswillige Polen beschäftigen. In Verbindung damit steht ein Ueberfall, den der Betriebsdirektor Luysh von der Hohenburger Aktiengesellschaft während des Steinarbeiterstreiks an Steininger verübt hat, bei dem der eichene Stuhl Luyshs in Stücke geschlagen und Steininger schwer mißhandelt worden ist. Betriebsdirektor Luysh ist deshalb der schweren Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs angeklagt. Beide Sachen sind verbunden worden und werden daher gemeinsam verhandelt.

Aus der Verhandlung ergab sich, daß die Polen sich gar nicht betätigt hätten und auch nicht belästigt hätten konnten. Selbst der als Zeuge geladene arbeitswillige Pole sagte gegen die Anklage aus. Einen dreizehnköpfigen Ausschuss nahm der Fall Luysh in Anspruch. Er gab an, er habe in Notwehr gehandelt. Steininger habe sich gemehrt bei seiner Festnahme, zu der er gesetzlich berechtigt gewesen sei. Einen Schlag habe er mit dem Stuhl ausgesetzt, weil Steininger sich mit Schreiam auf dem Boden herumwälzte und er mit eingetragenen Haken auf ihn losgegangen sei. Er sei aus dem Saal herausgekommen, als Schramm (Schon Steininger am Boden würgte und ihm zurief: „Ich werde schon allein mit ihm fertig, dem dreien wir das Was ab.“ Auch Baum sagte Steininger mit an, ließ aber wieder von ihm ab. Steininger erklärte als Zeuge, Luysh habe auf Steininger eingeschlagen, namentlich mit dem Stuhl. Schramm lag auf Steininger drauf. Der Stuhl war noch ganz. Der polnische Arbeitswillige konnte nicht genau sagen, ob der Stuhl noch ganz war, aber er nehme das an. Mehrere Male habe Luysh mit dem Stuhl nach Steininger geschlagen, der nur zu dem Pole gesagt habe, er solle mit nach Colmen kommen, wenn er nicht arbeite, bekomme er Geld. Als Luysh schlug, habe Schramm Steininger gehalten. Steininger-Müller bezeugt, Luysh habe den Polen zugerufen, so sollten zu Hilfe kommen. Er habe gesehen, wie Luysh mehrere Male mit dem Stuhl geschlagen habe. Es sah aus, als wenn er nach dem Kopf Steiningers schlug. Für ihn war das auch klar, denn Steininger hatte Wunden auf dem Kopfe und blutete. Am Kopfe waren Kratzen. Steininger rief schließlich um Hilfe. Schramm und Luysh haben Steininger gemeinsam hingeworfen und den Kopf in den Dreß gesteckt. Steininger-Müller bestätigte diese Aussage. Ebenso sagte Steininger-Müller aus. Schramm wollte Steininger das Was abbrechen und sagte zu Luysh, er werde allein fertig. Die Polen griffen nicht zu. Steininger blutete am Kopfe und hatte am Kopfe verschiedene Würgewunden.

Nach der Vernehmung beantragte Verteidiger Dr. Marschner, die Zeugen Schramm und Baum nicht zu verurteilen, da sie als Zeugen in Frage kämen, wenn auch die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen die beiden abgelehnt hätte. Das Gericht beschloß jedoch, dem Antrage nicht zuzustimmen, indem die genannten Zeugen als glaubhaft angesehen werden müßten. Der Staatsanwalt beantragte, den Strafbefehl gegen Steininger aufrecht zu erhalten und Luysh wegen Körperverletzung zu bestrafen, obwohl er in erlaubter Notwehr gehandelt haben möchte.

Rechtsanwalt Dr. Marschner stellte sodann alle wichtigen Angelegenheiten sowie die Aussagen der Zeugen in das rechte Licht und beantragte die Freisprechung Steiningers, da dieser die Polen nur angeprochen habe, was erlaubt sei. Bei Luysh liege ohne jeden Zweifel schwere Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs vor. Steininger sei schwer mißhandelt worden, wie auch das ärztliche Zeugnis einwandfrei zeige. Für ihn seien die Kratzen und die Stärke Steiningers übertrieben. Steininger habe Luysh zu Boden geworfen und gewürgt. Er wolle ihm sogar das Was abbrechen, d. h. abwürgen. Der Stuhl habe Luysh in Stücke geschlagen. Bedenklich sein die Aussage Schramms und der Kratzen Baum. Beide, die ein großes Interesse daran haben, für ihren Chef möglichst günstig auszusagen. Der eichene Stuhl Luyshs, der zerfallen wurde, sei ein gefährliches Werkzeug nach dem Strafgesetzbuch. Luysh handelte willkürlich und vorsätzlich, er wolle nur seinen Haß an dem Gauweiler Steininger ausüben. — Justizrat Taubert plädierte für Luysh um Freisprechung!

Und das Urteil? Es ist unglücklich. Steininger wurde wegen Verletzung arbeitswilliger zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Luysh bekam wegen Körperverletzung — 10 M. Strafe; außerdem ist der Stuhl eingezogen. Das Gericht sah in den beiden Beamten glaubhafte Zeugen und sprach Luysh auch mildernde Umstände zu.

Kopfschüttelnd verließen die zahlreichen Zuhörer den Gerichtssaal. Der gebildete Direktor erhält wegen schwerer Körperverletzung ganze 10 M. Strafe, gegen seine beiden Beamten, von denen einer dem angeklagten überhaup nicht die Einleitung eines Verfahrens ab. Der Arbeiter aber wird mit Gefängnis bestraft, obgleich ihm eine strafbare Handlung überhaupt nicht nachgewiesen werden kann. Wie außerordentlich schwer müssen die 10 M. dem Herrn Direktor bei seinem Einkommen von 20 000 M. treffen!

Die Gerechtigkeit im Klassenstaat erstarrt in diesen zwei Urteilen im besten, reinsten Lichte!

Der Idealismus als Ründigungsgrund.

Daß ein Beamter seines großen Idealismus wegen entlassen wird, ist ein immerhin recht seltener Fall. In Hainichen wurde der Polizeiwachmeister Paul Kühn, der mit seiner vorgesetzten Behörde in Differenzen

geraten war, vor die Wahl gestellt, entweder zu kündigen oder gefündigt zu werden. Er soll sich kleine Pflichtverletzungen zuschulden haben kommen lassen. In seinem Zeugnis befindet sich der merkwürdige Schlußsatz:

„Er (Kühn) ist immer bemüht gewesen, pflichtgetreu seine verantwortliche Stellung auszufüllen. Wenn ihm dies nicht immer gelang, so ist das seinem großen Idealismus zuzuschreiben.“

Kühn war vierzehn Jahre lang im Polizeidienst, Polizeilehrer und Gründer des Vereins der Polizeibeamten. Mit dem großen Idealismus dieses Mannes hat die Stadt nichts anzufangen gewußt. Allerdings wird dieser Idealismus, der dem Hainichenen Polizeiwachmeister so verhängnisvoll geworden ist, daß er auf die Strafe gesetzt wurde, nicht näher bezeichnet. Der Fall bleibt daher noch etwas dunkel.

Regierung und Fleischbeschaugesetz.

Da war die Meldung ausgefallen, die sächsische Regierung habe sich bereit erklärt, im Bundesrate die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu beschließen, der jetzt alle Fleischimporte außerordentlich erschwert, den Export von überseeischem Gefrierfleisch aber direkt unmöglich macht, weil er nur die Einfuhr in halben Tierkörpern zuläßt, an denen noch die als Kleinodien bezeichneten Eingeweideteile sein müssen. Die Mitteilung stand so in Widerspruch mit der seitigeren agrarfreundlichen Haltung des sächsischen Ministeriums, daß man erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Meldung hegte. Es wäre tatsächlich das erstemal, daß man in der sächsischen Regierung agrarische Sonderwünsche hinter das Volkswohl gesetzt hätte. Jetzt stellt sich heraus, daß an der ganzen Meldung kein wahres Wort und die einseitig agrarische Haltung der sächsischen Regierung noch wie vor maßgebend ist. Angeblich auf Grund von Informationen maßgebender Stellen dementiert die Chemnitzer Allgem. Ztg. die erwähnte Nachricht und bemerkt dazu:

Die sächsische Regierung gedächte sich dem Beispiel Bayerns, diesen Paragraphen einer Aenderung oder teilweisen Aufhebung zu unterziehen, nicht anzuschließen, sondern vertritt ebenso wie die preussische Regierung auch heute noch den Standpunkt, daß frisches Fleisch in das Zollgelände nur in ganzen Tierkörpern, die beim Rindvieh, ausschließlich der Hälder, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden darf.

Es bleibt also agrarischer Trumpf bei der sächsischen Regierung, und mag die Rot im Volke auch noch so schlimm werden.

Volkschule und agrarische Interessen.

Aus Kleinwolmsdorf bei Radeberg wird gemeldet: Damit die Schulkinder bei der Kartoffelernte mit helfen können, hat die Schulinspektion genehmigt, daß drei Tage der Schulunterricht ausfällt.

Da die Kinder bereits sogenannte Kartoffelferien haben und jetzt anhaltend schönes Wetter ist, ist nicht zu verstehen, daß die Schulinspektion zu einer solchen Maßnahme kommen konnte. Jemand ein Notstand gab dazu gewiß nicht die Veranlassung. Wohin soll es führen, wenn dieses Verfahren der Schulinspektion Oeffenheit werden soll und regelmäßig agrarische Sonderwünsche auf Kosten des Schulunterrichts erfüllt werden sollen?

Verbau. Um der Fleischsteuerung etwas zu steuern, hat der hiesige Rat beschloffen, allwöchentlich sechs Zentner Schellfische durch hiesige Händler zum Verkauf bringen zu lassen. Der Verkaufspreis wird von der Stadt festgesetzt. Die Händler erhalten als Entschädigung 10 Prozent aus der Stadtkasse. Weiter wurde für die eingeführten Schellfisch-Rochfische ein Betrag von 284 M. bewilligt.

Mittweida. Eine bemerkenswerte Verordnung hat der Stadtrat erlassen. Danach sind vom 1. Januar ab aus den Gast- und Schenkwirtschaften die offenen Behälter für Salz und Pfeffer zu beseitigen und an ihrer Stelle Streubüchsen einzuführen. Solange die jetzt noch vorhandenen Näpfechen ihrem Gebrauche dienen, ist es Gästen, Wirten, Käufern und Geschäftsinhabern verboten, mit den von ihnen benutzten Gefäßen oder mit ihren Speisen unmittelbar die Gewürze zu berühren.

Chemnitz. Nach dem Beispiele von Leipzig hat der hiesige Rat jetzt einen Beschluß gefaßt, nach welchem weibliche Personen, die Hutnadeln mit ungeschärften Spitzen tragen, von der Fahrt auf der Strohenbahn ausgeschlossen sind.

Jittau. Unzüchtige Handlungen an Schulkinder sollen der in der zweiten Bürgerschule angestellte Oberlehrer Zwider verübt haben. Auf Grund einer vorläufigen Untersuchung, die stark belastendes Material ergab, wurde er von seinem Amte suspendiert. Zurzeit besaß sich die Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit. Zwider, der längere Zeit im Schulausschuss saß, soll vorher schon einmal verwahrt worden sein.

Jittau. An Wertzuwachsteuer wurden im Bereiche der Stadt Jittau im 3. Quartal dieses Jahres insgesamt 13 387,17 M. erhoben gegen 9779 M. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Erträge dieser Steuer sind also ganz erheblich gestiegen. Von der Gesamteinnahme erhalten das Reich die Hälfte, das Königreich Sachsen 7 Proz., die Stadt 40 plus 3 Proz. (letzte als Veranlagungsentschädigung), das sind 5768,48 M. Seit Bestehen der Reichswertzuwachsteuer (1. Januar 1911) sind insgesamt 15 167,81 M. als 40prozentiger Anteil bei der Stadtkasse eingegangen.

Jittau. Mit der Schweinezucht in städtischer Regie beschäftigte sich der Rat anlässlich eines dahingehenden Vorschlags eines Landwirts aus der Umgebung. Hiernach sollte die Zucht und Mast der für die Bevölkerung erforderlichen Schlachttiere vom Rate selbst in die Hand genommen werden. Es wurde jedoch beschloffen, insofern das angebotene Risiko, und weil ein derartiges Vorgehen bisher von den Städten nur vereinzelt in der Praxis angewandt worden ist, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Kleine Nachrichten aus dem Saale. Durch einen Unglücksfall sein Leben eingebüßt hat am Freitag der vorjährige 31jährige Geschäftsführer Schulze in Pirna. Als er mit anderen Männern auf dem Lagerplatz seines Vaters einen großen eisernen

Träger abladen wollte, kippte dieser plötzlich nach der falschen Seite zu um und schlug mit der scharfen Kante den Sch. gegen den Hinterkopf. Die Folge war eine starblutende Wunde und ein Schädelbruch. — Im Zusammenhang mit dem am 22. Juni d. J. an Fraulein Hansch in Pflanzern begangenen und bis jetzt noch nicht aufgeklärten Mord wurde in Kleinschadowitz eine 60jährige Frau in Haft genommen. Ueber die Verbrechen der Verurteilten nichts Näheres. — In selbstmörderischer Absicht stürzte sich Sonnabend morgen kurz nach 9 Uhr der Soldat Friedrich Wilhelm Scharf vom 106. Regiment in Leipzig mit verbundenen Augen und nur mit einem Hemd bekleidet aus dem zweiten Stockwerk des Hotels Sächsischer Hof in Burgstädt. Er wurde mit schweren Arm- und Beinbrüchen aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. — Der Handarbeiter Otto Bels in Plauen, der von seiner Ehefrau getrennt lebt, lauerte dieser am 11. Oktober auf und erschoss sie nach einem kurzen Wortwechsel Schwefelsäure ins Gesicht. Die Frau wurde schwer verletzt. Der Mann ist flüchtig. Man vermutet, daß er Selbstmord begangen hat. — Mit seinem Dienstgewehr erschossen hat sich auf dem Korridor der Kaserne in Zwickau der Sergeant Köhler vom Infanterie-Regiment Nr. 108. Er ist erst frühmorgens von einem Verwundeten zurückgeführt und man nimmt an, daß er die Tat verübte, weil er seinen Urlaub überfrist hat. Der Tod trat nach einigen Stunden ein. — Der Selbstmord eines Jugendlichen erregt in Witten großes Aufsehen. In der Mittelnacht ließ sich der 13 Jahre alte Sohn des Bademeisters Franz Preßler vom Jage überfahren. Nachdem der letzte Zug von Dresden die Station Witten passiert hatte, wurde die Leiche des Knaben in entsetzlich verstümmeltem Zustande von Bahnarbeitern aufgefunden. Der Kopf der linken Arm waren vollständig vom Numpfe getrennt. Wie verlautet, soll Furcht vor Strafe das Motiv zu der schrecklichen Tat sein. Der Knabe hatte einem Bierkassabehälter in Witten einen Geldbetrag entwendet und sollte jetzt dieserhalb zur Verantwortung gezogen werden.

Stadt-Chronik.

Konsumvereine und Wohnungsnot.

Man schreibt uns: In Vorstadt Kaditz vollzog sich dieser Tage eine bedeutende Grundveräußerung in aller Stille. Vor Jahresfrist beschloß der Konsumverein zu Pieschen, die Errichtung von Kleinwohnungen in seinen Wirkungsbereich zu übernehmen, denn auch in den Vorstädten Pieschen, Trochau, Witten, Hebigau und Kaditz herrscht Mangel an Kleinwohnungen und die Mietzinssteigerungen in den fast ausschließlich von Arbeitern bewohnten Vierteln wiederholten sich von Quartal zu Quartal. Auch der Klotter hat hier und da wieder wesentliche Steigerungen gebracht. — Es war hierbei der Verwaltung des Konsumvereins darum zu tun, nach einem einheitlichen Plane auf einem großen Areal etwas Gutes zu schaffen. Es wurden deshalb in der Vorstadt Kaditz 18240 Quadratmeter Bauland und 1078 Quadratmeter Straße für den Kaufpreis von 134730 M. erworben. Der Bebauungsplan wurde von Herrn Baumeister Martin entworfen. Geplant sind 30 Häuser mit insgesamt 180 Wohnungen, von denen 174 aus 2- und 3-Zimmerwohnungen, 12 mit 2 Stuben, 2 mit 1 Zimmer und Küche und 3 mit 2 Stuben, 1 Zimmer und Küche vorgezogen sind. Jede Wohnung erhält eigenen Vorplatz, Keller, Bodenraum und Innenhof und jedes Haus eine Hofschleuse und Trockenboden. Ferner soll jede Wohnung einen Kleinaustritt und ein kleines Gärtchen erhalten. Es ist weiter versucht worden, mit den einfachsten Mitteln dem Streben der Gegenwart nach Schönheit und Eigenart Rechnung zu tragen. Das Projekt ist nicht nach der Schablone des Spekulanten geplant, sondern es soll etwas geschaffen werden, was auf lange Zeit hinaus allen Ansprüchen genügt, die man an einen guten Bau stellen kann. Die Wohnungen werden nicht nur von der Vorderseite, sondern auch an der Hinterseite der Gebäude genügend Licht und Luft erhalten und in jeder Beziehung angenehm und freundlich sein. Die Grundstücke befinden sich — den für die Kaditz geltenden Bauvorschriften entsprechend — aus Partierre, erstem Stock und Dachausbau, was in einer Beziehung angenehm, in Hinsicht auf die Herstellung von billigen Wohnungen aber befallend wirkt, zumal durch die offene Bauweise viel unbebautes Land liegen bleiben muß. — Die ganze Anlage wird nach Fertigstellung einen freundlichen Eindruck machen und zur Zierde und Verschönerung der Vorstadt wesentlich beitragen. Zurzeit ist mit dem Bau des ersten Grundstücks, ein Ausbau an der Kauf- und Geißelstraße, begonnen worden. Dann folgt zunächst eine Vierhäusergruppe, die schon genehmigt und vergeben ist. Die Grundstücke sollen möglichst am 1. April bez. 1. Juli 1913 bezogen werden. — Die Stadtwirtschaft, die an jedem Quartalswechsel infolge der Steinwohnungsnot mit obdachlosen Familien zu tun hat, wird das Vorhaben des Konsumvereins nur begrüßen können. Vielleicht dämpft das auch etwas ihr Streben, die Konsumvereine mit ungerechten Sondersteuern zu drangsalieren. —

„Der Arbeit entwöhnt!“

Der etwa 30 Jahre alte Tischler Sch. kam vor zirka 7 Jahren beim Transport eines Schrankes zu Fall und lagte darauf über Schmerzen im Arme. Arztlicherseits wurden zunächst nur einige äußerliche Verletzungen konstatiert, gar bald stellten sich aber starke nervöse Beschwerden ein, die die Arbeitsfähigkeit des Verletzten äußerst ungünstig beeinflussten. Die Holzverfälschung wollte den Mann zunächst mit einer 20prozentigen Rente abweisen, mußte aber, nachdem sie für Anstaltsbeobachtungen und ärztliche Gutachten das Geld mit vollen Händen ausgegeben, noch 30 Prozent drauflegen. Bei der Rente von 50 Prozent ist es auch in den folgenden Jahren geblieben, obgleich die Berufsgenossenschaft wiederholt den Verletzten „beobachten“ hatte lassen. Sch. konnte nirgends Arbeit finden und war deshalb für seinen Vater, dem er nur im Kolportagehandel etwas half, eine große Last. Anfang 1912 wurde der Verletzte wieder einer Beobachtung in einem Krankenhaus unterworfen. In dem hierüber erstatteten Gutachten heißt es, der Verletzte leidet über Herz-Kopf, Ohrenschmerz, Kopf- und Rückenbeschwerden und trägt ein deprimiertes Wesen zur Schau; er leidet an einer Nervenschwäche mittleren Grades. Die subjektiven Beschwerden werden entschieden zu sehr betont und beruhen auf Rentenvorstellungen. Bei vernünftiger Anleitung könnte er ein gutes Stück Arbeit leisten, er hat aber nach dem Unfall die Filitte ins Korn geworfen und wird von seinem Vater ungünstig beeinflusst. (1) Im Laufe der Jahre muß eine „Gewöhnung“ an die Unfallfolgen eingetreten sein, deshalb ist die Erwerbsunfähigkeit nur noch auf 40 Prozent zu schätzen. So das Gutachten, und der Vorsitzende des Oberversicherungsamts setzte in nicht mißzuverstehender Weise hinzu: Hinter der ganzen Sache steckt nämlich der Vater! Gegen den Antrag der Berufsgenossenschaft auf entsprechende Kürzung der Rente hat der Vater des Verletzten Berufung eingelegt, dem es sehr schwer fällt, nun auch noch für seinen großen

Sohn sorgen zu müssen. Daß er selbstverständlich ein Interesse daran hat, daß sein Sohn von der Berufsgenossenschaft angemessen entschädigt wird, scheinen die Berufsgenossenschaft und der Vorsitzende des Schiedsgerichts nicht zu begreifen. Der Vater hat übrigens der Berufsgenossenschaft die Arbeitsleistung seines Sohnes angeboten, damit diese sie in ihrem eigenen Geschäftsbetriebe ausprobieren. Die Berufsgenossenschaft hat sich aber hierfür schützens bedankt. Für die unparteiische Handhabung der Geschäfte durch den Gerichtsvorsitzenden war auch ein Vorgang am Schluß der Verhandlung kennzeichnend. Als der Vater eine Bemerkung zu der Aeußerung: er sei der treibende Keil in dem Rentenkampfe, machen wollte, wurde ihm einfach vom Vorsitzenden das Wort abgeschnitten; dafür herrschte er den Verletzten selbst mit den Worten an: „Sie müssen sich wieder mal an die Arbeit gewöhnen, das wird ganz gut sein!“ Schließlich wurde beschlossen, den Verletzten nochmals zu einer längeren Beobachtung in ein Krankenhaus einzulassen. Von dem Ergebnis dieser Beobachtung wird es abhängen, ob man dem armen Teufel von seiner Rente 10 Proz. abzwackt oder nicht.

Austritt aus der Landeskirche.

Ueber die Bestimmungen und die Formalitäten beim Kirchenaustritt herrscht vielfach noch große Unklarheit. Nach § 20 des Dissidentengesetzes ist der Austritt aus einer vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft, auch wenn er ohne gleichzeitigen Uebertritt zu einer anderen solchen Religionsgemeinschaft erfolgt, einem jeden Staatsangehörigen gestattet, der das 21. Lebensjahr überschritten hat. Es wird jedoch der Austritt solange als Mitglied seiner feitherrlichen kirchlichen Gemeinde betrachtet, als er nicht seinen Austritt dem ordentlichen Richter, das ist das Amtsgericht des Wohnortes, persönlich zu Protokoll angezeigt hat. Bei dieser Erklärung vor Gericht ist glaubhaft nachzuweisen, daß die Absicht des Austritts dem Pfarrer der Pfarodie vier Wochen vorher persönlich bekundet wurde. Ueber die Religion der Kinder bis zu 14 Jahren entscheidet der Vater. Nur wenn die Eltern verschiedener Religion sind, bedarf es einer Vereinbarung. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. Kinder über 14 Jahre haben selbstständiges Bestimmungsrecht, ob sie in der bisherigen Religionsgemeinschaft verbleiben oder mit Dissidenten werden wollen. — Die Anmeldung zum Austritt beim Pfarrer muß persönlich erfolgen, es genügt nicht schriftliche Abmeldung. Ueber die Anmeldung des beabsichtigten Austritts hat der Pfarrer nach Ablauf von vier Wochen auf Ansuchen ein Zeugnis auszustellen. Mit dem vom Pfarrer ausgestellten Zeugnis begibt man sich auf das Amtsgericht, zeigt seinen Austritt aus der Religionsgemeinschaft an und bewirkt die Eintragung ins Dissidentenregister. Das Dissidentengesetz gilt nicht nur für sächsische Staatsangehörige, sondern auch für die in Sachsen lebenden Ausländer. Als Zeitpunkt des Austritts gilt die Aufnahme des gerichtlichen Protokolls. Vom Austritt an gilt der Betreffende nicht mehr als Mitglied der bisherigen Religionsgemeinschaft und es erlöschen seine kirchlichen Rechte. Personen, die nicht mehr der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde angehören, sind zu den persönlichen Anlagen der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde nicht heranzuziehen. Wegen der für die Nahrungswaltung zu erhebenden, in die Kirchgemeindefasse fließenden Gebühren ist folgendes festgesetzt: Für Aufnahme des Protokolls über die erste Anmeldung des Austritts für eine Person oder ein Ehepaar 1 M., für jedes weitere über 14 Jahre alte Familienmitglied sowie für jede andere nicht zur Familie gehörende sich gleichzeitig anmeldende Person 50 Pf. Für die Ausfertigung des Anmeldezeugnisses für eine einzelne Person oder ein Ehepaar, ohne Stempelgebühren, 1 M., für jedes weitere Familienmitglied über 14 Jahre in gemeinschaftlichen Zeugnissen, ohne Stempelgebühren, 50 Pf. Für gleichzeitig angemeldete Kinder unter 14 Jahren sind besondere Gebühren nicht zu berechnen. Gebühren in gleicher Höhe werden mit Genehmigung des Kultusministeriums auch von den römisch-katholischen Pfarrämtern erhoben. Die Gerichtskosten für die Eintragung in das Dissidentenregister betragen in der Regel 2,50 M.

Das Residenz-Kaufhaus, ein Eck-Prager- und Waisenhausstraße neu errichtetes Geschäftsgebäude, wurde am Sonnabend nachmittag eröffnet. Fassade und innere Einrichtung entsprechen ganz den großen bekannten Warenhäusern anderer Städte. Das Anziehende dieser Geschäfte liegt darin, daß sie nicht nur mit einer großen Warenausstellung, sondern auch mit starken künstlerischen Effekten im ganzen Arrangement auf das Publikum zu wirken versuchen, so daß sie nicht bloß eine praktische Kaufgelegenheit, sondern für jeden eine Sehenswürdigkeit bilden. Ganz so repräsentiert sich das neue Residenz-Kaufhaus. Die Kunst der Dekoration wirkt schon in den vielen großen Schaufenstern. Zwei moderne Drehtüren, an jeder Seite der Ecke eine, vermitteln den Eingang. Die Ladeneinrichtung ist in hell und dunkel Farbe gehalten, in dem einen Stock grün gebeizt; Decken und Wände sind eiseneinfarbig. Starke Lichtquellen strahlen aus schönen modernen Beleuchtungskörpern und verbreiten bei Duntelheit Tageshelle in den Räumen. Vier elegante Fahrstühle regeln den Verkehr der Käufer, die nicht Treppen steigen wollen, zwischen den vier Stockwerken. Nach Wertheimdem Muster sind ferner besondere Treppenhäuser außerhalb der Geschäftsräume angelegt. Ein großer Erfrischungsraum, mit dunklen Möbeln ausgestattet, bietet den Käufern einen angenehmen Ruhepunkt. Das neue Unternehmen beschäftigt gegen 500 Angestellte, die Räume sind viel tiefer, als die äußeren Fassaden sie erscheinen lassen. Die verschiedenen Warenabteilungen sind übersichtlich in einzelnen Abteilungen geordnet. Zu kaufen ist so ziemlich alles, was der Mensch braucht oder sich wünscht. Die riesige Lebensmittelabteilung ist, wie üblich, im oberen Stock untergebracht.

Das Radrennen am gestrigen Sonntag war außerordentlich stark besucht. In dem Rennen um den Sachsenpreis, einem Zweifundenzwanzig, blieb der Dresdener Scheuermann Sieger, der in der genannten Zeit 174 Kilometer 10 Meter zurücklegte. Drei Runden zurück folgte der Berliner Soldow. Dritter wurde Vandersluyt-Antwerpen, dann folgte Didier-Paris und Walthour-Atlanta. — In einem Dauerfahren über 80 Kilometer, das vorausging, siegte Schön-München. Er fuhr die Strecke in 22 Minuten 21 Sekunden.

Auskunft über Brände. Es wird amtlich bekannt gemacht, daß die Wohlthatenpolizeiwagen angewiesen sind, bei ausgebrochenen Bränden über den Ort jedermann auf Anfragen zu berichten, daß aber die Feuerwagen mit Rücksicht auf die hierdurch entstehende Verzögerung im Feuermelde- und Feuerlöschbetrieb nur insoweit Auskunft geben, als es sich mit dem Dienst vereinbaren läßt und man sich in der Wache

persönlich befragt. Im übrigen werden auch die bezirktswachen Anfragenden Auskunft erteilen.

Selbstmörderische. In die Elbe sprang am 6. d. M. ein 68 Jahre alte Frau, die von Schiffen den Glutent und im Unfallswagen nach der Heil- und Pflanzstadt gebrachte. In der Lebensmüde wurde eine aus Pieschen Marienbrücke aus Pieschen am Sonntag früh gegen 7 Uhr die Elbe. Die lebensmüde Greisin beschwand sofort die Glutent und erkrank. Ihr Leichnam wurde noch nicht geborgen. — Am Sonnabend früh ist in Witten ein 17jähriges Mädchen wieder ans Land gebracht und durch die Wohlthatenpolizei in die Heil- und Pflanzstadt übergeführt.

Vermischte Nachrichten. Heute Montag fuhr der Bau Trompeterstraße 14 ein Fuhrwerk — ein Pferd unter den Wagen zu liegen kam, war sofort tot. Pferd kamen nicht zu Schaden. — Der Betrüger, der, wie vielen anderen Städten, so auch in Dresden aufgetreten ist, hat in dem Kaufmann Hermann Otto Ernst Friedrichs Vierteljahr 1912 in und in Karlsruhe festgenommen. — Im Bahnhofsgebäude liegen die städtischen Straßenschilder bis jetzt nicht abgeholt worden. Die sich auf dem Empfangsberechtigten können die Gegenstände bezogen werden. Erlös bis zum 31. Dezember d. J. Ringstraße 21 (neues Haus), Erdgeschoss rechts, Zimmer 11, in Empfang nehmen.

Die Kinderschulkommission Pieschen-Traditionsbau anstalt nächsten Mittwoch einen Ausflug. Die Kinder mit 5 Pf., ein Kaffeetischchen und Proviant mitbringen. Nach die Mütter zu diesem Ausflug eingeladen. Treffpunkt 2 bei Frau Berger, Rüdertstraße 20. Bei ungünstigem Wetter am folgenden Tag.

Gewerbegericht.

Dem Dfenseger Andreß war vom selbständigen Schneider das Umlegen eines Ofens übertragen worden, wofür nach dem 18 M. zu bezahlen waren. Da die Arbeit nicht ausgeführt wurde, konnte die Arbeit nicht ausgeführt werden. Andreß verlangte nun, ihm sei die Arbeit von der Witte bestimmt zugewiesen worden, zwar zu einer bestimmten Zeit. Er fordert deshalb 18 M. als Entschädigung. Der Beklagte stellt dagegen die Sache als als habe er die Arbeit nur unter der Bedingung übernommen, das Material rechtzeitig komme. Da die Sache nur durch die Zahlung des Geldes zu erledigen ist, gibt sich der Kläger mit 7,50 M. dergleichen ab. Wegen 12 M. Schadenersatzforderung klagt der Kläger gegen den Rautenwäcker Wiederandere. Der Beklagte im Anfang Oktober die Schule besuchen. Da er überarbeiten und holungsbedürftig war, kündigte er bereits am 14. August für 14. September seine Stellung. Da die monatliche Kündigung nur 1. zum 1. jedes Monats gekündigt werden kann, nahm der Kläger Kündigung nur unter Vorbehalt an, wenn nämlich keine andere Arbeit vorliegen würde. Am 14. September verlangte sich der Kläger in die Lösung des Arbeitsverhältnisses einzuweisen, da nach dringende Arbeiten erledigt werden mußten. Der Beklagte erklärte aber, nicht weiterarbeiten zu können, und er reichte ein solches Zeugnis vom 20. September ein, worin seine dringende holungsbedürftigkeit bestätigt wurde. Das Gericht ist der Ansicht, trotz des ärztlichen Zeugnisses ein Kontraktbruch vorliege. Das Zeugnis spreche lediglich von einer Erholungsbedürftigkeit, Vorhandensein einer Erwerbsunfähigkeit, die allein in diesem die vorzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen kann, damit nach nicht dargetan. Vergleichsweise steht aber der Kläger seine Klage zurück, während der Beklagte auf seinen Lohn für bis 14. September verzichtet.

Beil das Geschäftsführer, wurde der Faktor Lehmann von der Firma Keller ohne Kündigung entlassen. Antrag dazu den Firma Keller, daß der Faktor zum 1. d. M. vom Geschäft fortbleibe. Das wäre ja ohne weiteres ein sofortiger Entlassung unter normalen Verhältnissen gewesen, diesem Falle war aber das Fernbleiben von der Arbeit durch besondere Umstände gerechtfertigt, und deshalb klagt der Faktor 85,41 M. Lohnentschädigung. Die Beklagte war durch Mangel an Geld in eine schlimme finanzielle Lage geraten und konnte dem Kläger nicht pünktlich den Lohn bezahlen. Seine Lohnansprüche gegen die Firma waren schließlich auf 23 M. angewachsen. Er gab jedoch selbst in die größte Verzweiflung, denn er konnte die Klage nicht bezahlen und sollte auch gekündigt werden. Nun wird der Beklagte, ihm eine nennenswerte Abschlagszahlung zu geben, wurde ihm dies auch immer wieder versprochen, aber nicht abgeführt. Dem Kläger blieb danach nichts weiter übrig, als andererseits aufzutreten, und so kam er die beiden Tage nicht zum Arbeiten. zweiten Tage abends erhielt er schließlich einen geringen Betrag. Nachdem er am folgenden Morgen schon wieder einige Stunden gearbeitet hatte, wurde ihm das Lokal betrieblen. Nach dem Gerichts liegt kein rechtswidriges Fortbleiben von der Arbeit vor. Die Beklagte muß daher die geforderte Entschädigung zahlen.

Wegen 15,77 M. Lohnentschädigungsforderung klagt der Kläger gegen den Postkassieranten Sander. Der Kläger behauptet, ihm sei die Weiterarbeit bei dem Beklagten dadurch unzulässig gemacht worden, daß dieser ihm am 18. September eine Aufsehung und Grünschnabel nannte. Auch der Beklagte hat sich mit geschimpft. Der Beklagte gibt nur zu, den Kläger eines freiwilligen Aufsehung genannt zu haben, seine Frau hätte sich aber nicht daran beteiligt. Da das Aufsehungsbild des Beklagten schon durch die Lösung des Arbeitsverhältnisses als berechtigt erachtet werden lassen, erwidert sich eine weitere Beweisaufnahme. Der Beklagte wird Vergleichsweise 12 M. zahlen.

Wegen Vorenthaltung der Papiere nach Lösung des Arbeitsverhältnisses fordert der Arbeiter Reinhold vom Streifen-Schmidt 30,80 M. Entschädigung. Er behauptet, er habe bei der städtischen Straßenbahn als Streckenarbeiter antreten können, wenn im Besitze seiner Papiere gewesen wäre. Als als Folge der Vorenthaltung sollte dies bezahlt werden. Vergleichsweise gibt sich der Arbeiter mit 8,80 M. zufrieden, weil sich sonst doch noch eine Verletzung wenig gemacht haben würde.

Der Handarbeiter Hofmann wurde von der Firma Weidmann nach einjähriger Kündigung entlassen. Da aber die Kündigung nicht verbindlich worden ist, beantragt er die Befreiung von der 14tägigen Kündigung bezw. 40 M. Lohnentschädigung. Die Beklagte legt aber ihre Arbeitsordnung vor, die die Bestimmungen enthält, während des ersten Vierteljahres der Beschäftigung behaltend die Kündigung besteht, dann erst die 14tägige in Kraft tritt. Für den Kläger gilt demnach die einjährige Kündigung. Sein Antrag, daß er diese Kündigung nicht gekannt habe, ist auch hinsichtlich der Arbeitsordnung nicht vorchriftsmäßig aus. Er muß daher die Klage zurückziehen. (Vorstand: Gewerbeamtler Dr. Großer, Arbeitnehmer-Vereiner: Steinlegemeister Straßisch und Kommerzienrat Hofmann, Arbeiter-Vereiner: Steinlegemeister Dietrich und Bauarbeiter

Aus der Umgebung.

Coffeabunde. Heute Montag, abends 7 1/2 Uhr, findet der alten Kapelle öffentliche Gemeindefestigung statt.

Neues

Vom Kul

Der Arbeiterverein zu Pieschen hat am 14. d. M. eine Versammlung abgehalten, bei der die Angelegenheiten der Arbeitervereine im Bezirk Pieschen zur Sprache kamen. Der Vorsitzende, Herr Schmidt, berichtete über die Tätigkeit der Arbeitervereine im vergangenen Jahre. Er erwähnte die großen Erfolge der Arbeitervereine in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Förderung der sozialen Wohlfahrt. Er sprach auch von den Schwierigkeiten, die die Arbeitervereine bei der Durchführung ihrer Pläne erfahren haben. Er schloß mit der Versicherung, daß die Arbeitervereine auch im kommenden Jahre mit aller Energie an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Förderung der sozialen Wohlfahrt arbeiten werden.

Die Arbeitervereine

Die Arbeitervereine zu Pieschen haben am 14. d. M. eine Versammlung abgehalten, bei der die Angelegenheiten der Arbeitervereine im Bezirk Pieschen zur Sprache kamen. Der Vorsitzende, Herr Schmidt, berichtete über die Tätigkeit der Arbeitervereine im vergangenen Jahre. Er erwähnte die großen Erfolge der Arbeitervereine in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Förderung der sozialen Wohlfahrt. Er sprach auch von den Schwierigkeiten, die die Arbeitervereine bei der Durchführung ihrer Pläne erfahren haben. Er schloß mit der Versicherung, daß die Arbeitervereine auch im kommenden Jahre mit aller Energie an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Förderung der sozialen Wohlfahrt arbeiten werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter

Es kann nicht bestritten werden, daß eine abschließende Besprechung möglich wird. Es sei daher kurz eine Darstellung der wichtigsten Momente dieses eben beschriebenen wie interessanten Versuches der neu geschaffenen Einheitsorganisation des Handels- und Transportgewerbes, auch für die am Hafen tätigen Hamburger Mitglieder bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, gegeben. Wir haben zu Beginn der Bewegung erklärt, weshalb nach der großen verlorbenen Schlacht von 1896/97 zunächst nur wenig für diese große, im allgemeinen unter recht unglücklichen Bedingungen schwer stromende Arbeitergruppen geschah und geschehen konnte. Jersprengte Häuser fanden einem überstarken, rücksichtslosen Gegner gegenüber, dem jede Gelegenheit willkommen gewesen wäre, wenn auch unter eigenen Opfern, die Niederlage zu verbüßenden, ihre nach dem Strette offenkundige Ohnmacht zu einer dauernden Aktionsfähigkeit zu gestalten. Deshalb war es ein Gebot der Klugheit und der Selbstbehauptung, zunächst Zurückhaltung zu üben und wieder aufzubauen. Im Hamburger Hafen war der Aufbau der Organisation doppelt und dreifach schwer, denn die Befestigten waren in der übergroßen Zahl nicht alle Kämpfer, die auch eine gelegentliche Schlappe zu ertragen wissen, sondern meistens erst eben für die gewerkschaftliche Organisation gewonnene Leute, die nun nach monatelangem, entlassungsreichem und gewinnlosem Ringen ins alte, bröckelnde Joch zurückkehren mußten. Da galt es, dem Besessenen, der Verzweiflung an den Ausschichten gewerkschaftlichen Arbeitens, der Unzulänglichkeit und Kleinmütigkeit entgegenzuarbeiten, neues Vertrauen zu erwecken, neue Hoffnung einzufloßen. Wie schwierig das war, begreift man am ehesten, wenn man bedenkt, daß große Scharen Arbeitwilliger, die man unter Ausnutzung riesiger Mittel importiert hatte, festen Fuß gefaßt hatten, die auch nach dem Streik am Orle blieben. Freilich waren sie vielfach aus anderem Holze geschnitten, als heute die Hingegardisten. Es befanden sich manche darunter, die nicht in bewährter Unzulänglichkeit, sondern aus Unkenntnis gehandelt hatten. Es ist unstrittig eines der besten Zeugnisse für das austärende Wirken der freien Gewerkschaften, daß sich heute zum Jubeldienst des Streikbrechers und verborgene Charaktere nur noch in verschwindend geringer Zahl hergeben. Aber vor 15 Jahren standen natürlich zunächst auch die aus Unwissenheit zu Arbeitwilligen gewordenen Leute den ehemaligen Streikenden nicht freundlich gegenüber und zugänglich gegenüber, wie umgekehrt auch letztere anfangs nicht den berechtigten Widerwillen gegen die Störkräfte ihrer Bewegung zu überwinden vermochten, daß sie ohne weiteres an ihre Organisation zu gehen bereit gewesen wären. Das nimmt angesichts der gewaltigen Erbitterung, mit der gekämpft worden war, nicht wunder, aber für die organisatorische Aufbauarbeit ergab das eine geradezu trostlose Situation. Es eht die Hamburger Hafenarbeiter, die unter diesen Umständen damals sich der Aufgabe unterzogen, die Trümmer zu sammeln und auf neuen Fundamenten einen neuen, sicheren Bau zu errichten, daß sie nicht verzagt sind und sich allezeit starken Kopf bewahrt haben. Denn darauf kam in der nächsten Zeit alles an. Unter allen Umständen mußte ein vorzeitiges Handeln vermieden werden, das den Feind beunruhigt hätte, sofort wieder die früheren Organisationsansätze zu vernichten, und zwar noch gründlicher als zuvor. Wohl eine andere Methode geführt hätte, lehrte der Kampf der Schauerleute von 1907, der um ein Haar alles wieder über den Haufen geworfen hätte. Die Hamburger Hafenarbeiter hatten aber wirklich nicht das mindeste Bedürfnis, durch Schaden klug zu werden; dies bittere Rezept hatten sie 1896/97 zu Genüge erprobt!

Als im verfloßenen Frühjahr an die Einleitung einer umfassenden Lohnbewegung gegangen wurde, sah es in den Reihen der Hafenarbeiter denn doch etwas anders aus, als 15 Jahre zuvor. Die mündliche Propaganda hatte Früchte getragen: Der Verband konnte eine große Anzahl lange Jahre in der Organisation tätiger und erprobter Mitglieder zählen. In einer Reihe vorzüglicher Einzelbewegungen waren die Arbeiter in den vorhergehenden Jahren geschult. Und die Konjunktur war günstig. Man wird nicht behaupten können, daß die Schauerleute des Hamburger Hafens heute aus weicherem Holze geschnitten seien als einst — im Gegenteil! Aber die Position des Gegners stiftete ihnen einen ganz anderen Respekt ein! Sie sahen sich einer geschlossenen Phalanx und nicht abtöndernden Taktik gegenüber, sie verhandelten, ließen den Herrn im Hause einmal zu Hause und machten Konzessionen, kurzum, man tat, was man solange als absolut unzulässig bezeichnet hatte.

Was das schon der erste Erfolg der Gewerkschaft, so wurden auch weiterhin nicht zu unterschätzende materielle Erfolge errungen. Im Zusammenhang sei in großen Zügen skizziert, was erreicht wurde: Zunächst ist zu erwähnen, daß außer Arbeitszeitveränderungen in einzelnen Branchen, die sofort eintreten, allgemein die Verkürzung der Arbeitszeit in allen Hafenbetrieben um eine Stunde, meistens also von 10 auf 9 Stunden, bestimmt zum 1. Mai 1913 in Aussicht steht. Auch in der Arbeitsnachweisfrage, in der seit der Unternehmung so gut wie unvorhanden waren, sind Verbesserungen erzielt, die den Anfang einer vernünftigen Regelung auf paritätischer Basis darstellen. Auch sonst sind in einer Reihe von Nebenfragen, wie z. B. Beförderung zur Arbeitsstelle usw., nicht unwesentliche Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand erreicht. Endlich sind die finanziellen Erwerbschancen, insgesamt betrachtet, durchaus beachtlich. Es wäre sehr interessant, hier anzuführen, was die einzelnen Arbeiterkategorien erreicht haben, doch wollen wir uns genügen lassen, zu berichten, daß für rund 35 000 Arbeiter eine notwendige Mehreinnahme von allem in allem rund 100 000 M. herausbringt. Es wäre falsch, den Erfolg der maßvollen Arbeit, die durch jahrelanges Vorbereiten geleistet wurde, als ausreichend zu bezeichnen, wie es bezeichnend wäre, zu behaupten, daß den berechtigten Wünschen der Hafenarbeiter nun überall Rechnung getragen sei. Dabei ist man noch weit entfernt! Noch immer ist im allgemeinen der Lohn nicht den Leistungen und vor allem nicht den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechend; noch immer bleiben ganze Gruppen unter dem, was als unbedingt notwendig für eine menschenwürdige Existenz angesehen werden muß. Für die durchwegs sehr schwere, gefährliche und oft recht gesundheitschädliche Arbeit müßte eine ganz andere Bezahlung geleistet werden. Günstig für die Arbeiter war der flotte Geschäftsgang, die im Vergleich zu früheren Jahren bessere Organisation, die größere Schaltung eines erheblichen Teils der Arbeiter, ungenügend die Tatsache, daß nirgendwo der Arbeiterwechsel so groß ist wie am Hafen, wo alles zusammenströmt, was anderswo überflüssig wurde oder Schiffbruch litt, vornehmlich aber die daraus resultierende Tatsache, daß die Organisationsverhältnisse, obwohl 100 Prozent besser als früher, heute noch ungemein viel zu wünschen übrig lassen. Wohl sind einige Gruppen straff organisiert, andere dafür um so schlechter. Der Kern der Bewegung waren zu 52 Prozent organisiert. Die Kerntruppe war nicht übermäßig stark. All das muß bei der Beurteilung des Resultats wohl erwogen werden. Dann vertritt man, weshalb sich manche Kategorien mit relativ geringem Erfolg befanden, warum große Gruppen im Interesse der schlechter Organisierten einen Floß zurückstehen mußten, dann versteht man, warum zur Erreichung eines halbwegs befriedigenden Gesamtergebnisses das Opfer manches an sich nur zu berechtigten Wünschen nötig und unermesslich war. Wenn heute noch manche Hafenarbeiter mit dem Erfolge nicht ganz zufrieden sind, dann ist daran nicht die Organisation und deren Leistung, auch nicht die während der Bewegung erfolgte Taktik schuld. Das Unzulängliche resultiert aus der Unzulänglichkeit der Machtmittel. Wenn diese durch noch bessere Organisation der Arbeiter verbessert werden, dann wird die diesjährige Lohnbewegung nicht einen guten Augenblickserfolg bilden, sondern sie wird den verheißungsvollen Anfang einer wirklich gerechten und zufriedenstellenden Gestaltung der Lebensbedingungen einer wichtigen und nützlichen Arbeiterklasse bedeuten.

Folies.
Helfermeister als Demagogen!
Die Entlohnung der freien Arbeiterorganisation im Helfereiwesen ist den Helfereimeistern des letzteren ein Dorn im Auge. Jetzt

versuchen einige Helfereimeister die Vertrauensleute der freien Arbeiterbewegung zu demütigen, damit sie entlassen werden. Besonders tun sie auf diesem Gebiete die Helfereimeister Formann, Striefler, Strauß, und Pantusch, Reilowitzer Straße, hervor. Wenn die Herren so fortfahren, kann das die unangenehmsten Folgen in geschäftlicher Beziehung für sie haben.

Zentralverband der Fleischer, Verwaltungsstelle Dresden.

Aus der Umgebung.
Zaribewegung der Tabakarbeiter.
Mit der Firma Gebr. Wägig in Hähnchen wurde ein neuer Lohnvertrag vereinbart. Die Akkordlöhne der Koller und Widelmacher wurden bei einer Anzahl Sorten aufgehoben. Schon im Vorjahre hatte die Firma durch den erstmaligen Abschluß eines Tarifes die meisten Sorten im Lohn erhöht.

In den Bezirken Hähnchen und Kreische sind bei allen Zigarrenfabrikanten die Lohnverhältnisse tariflich geregelt; dagegen müssen wir im Bezirk Dresden konstatieren, daß die Zigarrenfabrikanten G. Weiser, C. Castellini und Weidner sich hartnäckig gegen eine Regelung der Löhne sträuben.

Trotzdem besucht die Firma Weiser, Postfach, bezw. der Reisende der Firma, Zigarren auch an solche Abnehmer zu verkaufen, welche ausdrücklich nur von Tariffirmen beziehen wollen. Alle uns mitgeteilt wurde, operiert die Firma mit der unehrlichen Behauptung, der Tarif des Tabakarbeiterverbandes sei anerkannt resp. der Abschluß des Tarifes stehe unmittelbar bevor.

Auch die Firma C. Sprenger, Großbühndorf, soll mit der gleichen Behauptung haushalten gehen. Diese Firma hat den schon wiederholt bezeugten Tarif noch nicht anerkannt. Sie beschäftigt auch fast ausschließlich nur Unorganisierte.

Wir ersuchen, vorstehendes beachten zu wollen.
Deutscher Tabakarbeiterverband, Gau Sachsen.
Zusatz.

Unternehmer-Terrorismus.

Die Unternehmer schreien selbst vor direkten Befehlsverletzungen nicht zurück, wenn es sich um die Wahrung ihres „Perrenrecht“ gegenüber „ihren“ Angestellten handelt.

Zwei Ingenieure der Zeiger Feingehere- und Maschinenbau-Mittelgesellschaft hatten die — „Dreistigkeit“, ohne den Herrn Direktor zu fragen, sich als Kandidaten zu Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung ausstellen zu lassen. Sie wurden darauf von dem Direktor aufgefodert, sich von der Liste streichen zu lassen, da sie sonst entlassen würden.

Das Verfahren des Direktors verstößt gegen das Angestelltenversicherungsgesetz, da dieses den Unternehmern unterlagt, die Versicherung in der Lebensdauer eines Ehrenamtes der Angestelltenversicherung zu beschränken oder zu beendigen.

Dem Direktor scheint das auch nicht unbekannt zu sein, denn er verlangt von seinen Angestellten, sie sollten dafür sorgen, daß nichts davon in die Öffentlichkeit kommt.

Man sieht, die Unternehmer setzen sich frech über Recht und Gesetz hinweg und zehren über den Terrorismus der — Arbeiter!

Zu den Kassentilgungen auf der Reichswerke in Kiel.
Der Arbeiterausschuß der Reichswerke hielt Donnerstag eine Sitzung mit dem Oberverwalter Herr Jendell ab. Der Oberverwalter teilte mit, daß bisher 700 Personen entlassen worden sind, die weniger als zwei Jahre auf der Werk beschäftigt waren, und 300 Personen, die dort schon länger als zwei Jahre gearbeitet haben. Bessere Entlassungen würden in absehbarer Zeit nicht stattfinden.

Das Kassentilgungsamt habe mehr Geld zu Reparaturen für Kriegsschiffe zu Verfügung gestellt. Der Oberverwalter hat den Arbeiterausschuß ferner erucht, die Namen der Arbeiter festzustellen, die längere Zeit auf der Werk beschäftigt waren, und jetzt ihre Kündigung erhalten haben. Er verspricht, diese Kündigungen nach Untersuchung der Sachlage nach Möglichkeit rückgängig zu machen. In den nächsten Tagen wird der Arbeiterausschuß wieder eine Sitzung abhalten.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1911.
Die letzte Nummer des Verbandorgans der Buchdrucker, der Korrespondent, veröffentlicht den Kassentilgungsbericht für das Jahr 1911. Die Größe und Macht des Buchdruckerverbandes zeigt sich in folgenden Zahlen:

„Aus der Aufstellung für das Jahr 1911 geht hervor, daß die Nebenlohn des Verbandes als Zuschüsse für die verschiedenen Unterstützungszwecke (Witwen- und Waisen- oder Sterbekassen usw.) 798 761,06 M. vorausgaben. Das Vermögen der Gau-, Bezirks- und Kreisvereine betrug Ende 1911 2 883 858,42 M., so daß mit Einschluß des Vermögens der Hauptkasse (8 998 458,18 M.) und der Zentralkassentilgung i. V. (368 070 M.) der Verband der Deutschen Buchdrucker im Vorjahre ein Gesamtvermögen von rund 12 245 127 M. aufzuweisen hatte. Nicht eingerechnet sind in dieser Summe die zum Teil sehr hohen Vermögensbestände der in einzelnen Gauen bestehenden Witwen- und sonstigen lokalen Unterstützungskassen, desgleichen die ansehnlichen Kassensbestände in den Zentralkommissionen der Gauen.“

Der Kassentilgungsbericht des Hauptverbandes weist für 1911 eine Gesamtanzahl für Unterstützungen in Höhe von 2 584 582,55 M. nach. Nachet man hierzu die reiner Zuschüsse und die selbstständigen Unterstützungen an den erwähnten Nebenlohn in Höhe von 798 761,06 M., so beträgt die in einem einzigen Jahre seitens der Gesamtorganisation aufgewandte Summe lediglich für Unterstützungen rund 3 383 344 M. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung nimmt darunter die erste Stelle ein. Trotz des gegen das Vorjahr günstigeren allgemeinen Beschäftigungsstandes erforderte die Unterstützung arbeitsloser Gehilfen einschließlich der Zuschüsse aus den Nebenlohn 1 343 638,42 M. für Ortsunterstützung und 12 144,44 M. für Extraintervention (auf Reisen) und unter die respektive Summe von 1 460 782,86 M. Im Jahre 1911 betrug die Zahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise 330 692, bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 83 803. Es fehlt danach also 280 Mitglieder oder 4 Proz. sämtlicher Mitglieder der Arbeitslosigkeit. Für Umzugskosten leistete die Hauptkasse 40 439 M.

Die nächstgrößte Ausgabe erforderte die Krankenunterstützung. An Zuschüssen leisteten dazu die Nebenlohn 197 897,10 M., insgesamt wurden 1 175 277,98 M. dafür aufgewendet. Zur Invalidenunterstützung wurde in einzelnen Gauen ein Zuschuß von 121 912,75 M. gezahlt, so daß für diesen Unterstützungsgegenstand im Jahre 1911 450 431 M. aufgebracht werden mußten. An Sterbegeld wurden vorausbezahlt 18 451 M. Ferner wurde in 12 Gauen noch an Witwen- und Waisenunterstützung 64 042,08 M. gezahlt. Die nicht staatliche außerordentliche Unterstützung erforderte allein in den Nebenlohn 38 125,82 M. Von den sonstigen Ausgaben dieser Art mögen noch folgende erwähnt sein: für Agitation und Vorfrage 26 744,98 M., für Korrespondenz-Abonnement 100 159,36 M. und für Bibliothekszwecke 18 553,60 M. Die erheblichen Kosten für die verschiedenen tariflichen Institutionen werden in den meisten Gauen unter „Sonstige Ausgaben“ berechnet.

Jhre Solidarität mit der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft belundeten die Buchdrucker dadurch, daß außer den beträchtlichen Aufwendungen aus der Hauptkasse für Unterstützungen anderer Gewerkschaften noch in den Gauen, Bezirken und Orten 78 643,40 M. für diesen Zweck gewapert wurden. Dazu kommen noch die Beiträge für Gewerkschaftsstellen und Arbeitersekretariate in Höhe von 40 568,84 M.

Lohnbewegungen.
Der Streik der Steinseher in München endete mit einem Vergleich vor dem Schiedsgericht. Das Schiedsgericht entschied, daß die Niederlegung der Arbeit durch die Steinseher eine Tarifverletzung sei, daß aber auch die Unternehmer den Vertrag verletzt hätten, als sie die Einberufung einer Schlichtungskommission ablehnten. Die Chemnitzer Strumpfwirker sind in eine Lohnbewegung getreten. Sie haben in einer großen öffentlichen Versammlung beschlossen, die von einem abgesetzten Kommando geleitet wird. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt und die Arbeiterschaft schädigenden Einrichtungen. Die Arbeiter haben sich nicht angeteilt. Wenn sie der Arbeiterentlohnung entgegenkommen, ist ein großer Kampf nicht ausgeschlossen.

Sammlung beschlossen, die von einem abgesetzten Kommando geleitet wird. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt und die Arbeiterschaft schädigenden Einrichtungen. Die Arbeiter haben sich nicht angeteilt. Wenn sie der Arbeiterentlohnung entgegenkommen, ist ein großer Kampf nicht ausgeschlossen.

Der Streik in der Schuhfabrik von J. J. Schilling (Wartberg) wurde nach zehn tägiger Dauer beendet. Ein Streik wurde nach zehn tägiger Dauer beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt und die Arbeiterschaft schädigenden Einrichtungen. Die Arbeiter haben sich nicht angeteilt. Wenn sie der Arbeiterentlohnung entgegenkommen, ist ein großer Kampf nicht ausgeschlossen.

Der Schuhmacherstreik in Brees (Schlesien) ist nach zehntägiger Dauer erfolgreich für die Arbeiter beendet. Am 1. Mai hatten die Schuhmacherstellen die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt und die Arbeiterschaft schädigenden Einrichtungen. Die Arbeiter haben sich nicht angeteilt. Wenn sie der Arbeiterentlohnung entgegenkommen, ist ein großer Kampf nicht ausgeschlossen.

Volkswirtschaft.

Die bei Kapital besetzten.
k. In der Wirtschaftsgewissen, die angeblich keine für straffe Kartellierung zweien sollten, wurde allgemein Konfessionsindustrie gerechnet. Aber diese Auffassung ist durchaus irrig erwiesen, es sind in der Damenmantelindustrie Konfessionen geschaffen worden, die an Geschlossenheit und Disziplin den Wettbewerben mit manchem alten Kartell nicht weichen können. Nach einer Meldung der „Textil-Woche“ ist die Konfession Rudolf Karstadt in Lübeck und Kiel von der deutschen Damen- und Mädchenmantelindustrie gesprezt worden, da die Firma nicht dem geschlossenen Betriebsverfahren beizutreten will, für sie zu arbeiten gehen. Im Mai des Vorjahres hat der Verband den Beschluß gefaßt, keine Eingangsverträge mit den Schneidern der Konfessionen zu schließen, die nicht dem geschlossenen Betriebsverfahren beizutreten wollen. Im Juni des Vorjahres hat der Verband den Beschluß gefaßt, keine Eingangsverträge mit den Schneidern der Konfessionen zu schließen, die nicht dem geschlossenen Betriebsverfahren beizutreten wollen.

Bei diesem Beschluß handelt es sich um ein planmäßiges Vorgehen. Im Mai des Vorjahres hat der Verband den Beschluß gefaßt, keine Eingangsverträge mit den Schneidern der Konfessionen zu schließen, die nicht dem geschlossenen Betriebsverfahren beizutreten wollen. Im Juni des Vorjahres hat der Verband den Beschluß gefaßt, keine Eingangsverträge mit den Schneidern der Konfessionen zu schließen, die nicht dem geschlossenen Betriebsverfahren beizutreten wollen.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben. Die Konfessionen sind in der Lage, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben, die eigenen Betriebe zu betreiben.

